

Wir veröffentlichen eine Übersetzung der Rede über Terrorismus, Drohnen und Guantánamo, die Obama am 23.05.13 in Washington gehalten hat, in ganzer Länge mit in Klammern eingefügten Links und Ergänzungen und kommentierenden Anmerkungen.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 073/13 – 01.06.13

## **Obamas Rede zur Drohnen-Politik**

Die (nach unserer Übersetzung abgedruckte)

Abschrift der Rede des Präsidenten Obama

zur Drohnen-Politik und Terrorbekämpfung wurde vom Weißen Haus verbreitet

The New York Times, 23.05.13

( <http://www.nytimes.com/2013/05/24/us/politics/transcript-of-obamas-speech-on-drone-policy.html?pagewanted=all> )

( <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/05/23/remarks-president-national-defense-university> )

Wir haben die doppelt verlinkte Rede komplett übersetzt und mit *eingeschobenen kommentierenden Anmerkungen in blauer kursiver Schrift* versehen. Nach der Übersetzung ist auch der Originaltext abgedruckt.

PRÄSIDENT OBAMA: Guten Tag, alle miteinander. Bitte setzen Sie sich.

Es ist mir eine große Ehre, wieder einmal in der National Defense University zu sein. Hier, in Fort McNair dienen US-Amerikaner seit 1791 – seit den frühesten Tagen der Republik halten sie hier Wache, und heute denken sie über die Zukunft des Krieges im 21. Jahrhundert nach.

Vor über zwei Jahrhunderten wurden die USA durch Dokumente zusammengeschlossen, die festlegten, was es heißt US-Amerikaner zu sein und die uns über alle Veränderungen hinweg als Kompass gedient haben. Das war in Kriegen nicht anders als im Frieden. Wir US-Amerikaner stehen dem Krieg sehr ambivalent gegenüber, wir haben uns aber unsere Unabhängigkeit erkämpft, und wir wissen, dass die Freiheit ihren Preis hat. Vom US-Bürgerkrieg über unseren Kampf gegen den Faschismus bis zu dem langen, im Verborgenen geführten Kalten Krieg haben sich die Schlachtfelder ständig verändert, und die Technologie hat sich weiterentwickelt. Aber in allen Kriegen haben wir an den Grundsätzen unserer Verfassung festgehalten, und alle Kriege waren irgendwann zu Ende.

*Obamas Behauptung, die USA hätten sich in ihren Kriegen immer von den Grundsätzen ihrer Verfassung leiten lassen, wird in zwei von US-Autoren verfassten Büchern, die beide auch in deutscher Übersetzung vorliegen, nicht bestätigt. Viele nicht verfassungskonforme US-Kriege vor und nach dem Zweiten Weltkrieg werden ausführlich dargestellt in*

*Howard Zinn: Eine Geschichte des amerikanischen Volkes,  
Verlag Schwarzerfreitag, Berlin. 2007 und*

*William Blum: Zerstörung der Hoffnung,  
Zambon Verlag, Frankfurt am Main, 2008.*

Mit dem Fall der Berliner Mauer erlebte die Welt eine neue Morgendämmerung der Demokratie, und auch bei uns brach ein Jahrzehnt des Friedens und des Wohlstands an. Und

einen Moment lang schien es so, als werde das 21. Jahrhundert eine sehr geruhsame Zeit. Am 11. September 2001 wurden wir aber schlagartig aus unsere Selbstzufriedenheit wachgerüttelt. Tausende US-Bürger wurden an einem sonnigen Morgen in einer Wolke aus Feuer, Metall und Asche aus unserer Mitte gerissen. Das war eine ganz andere Art des Krieges. An unseren Küsten landeten keine fremden Truppen, und unser Militär war auch nicht das Hauptziel. Statt dessen versuchte eine Gruppe von Terroristen so viele Zivilisten wie möglich umzubringen.

*Nach dem Kalten Krieg waren weder Reagan noch seine Nachfolger an einem "ewigen Frieden" interessiert, denn schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion begannen die Vorbereitungen für die NATO-Osterweiterung (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Osterweiterung> ). Weil der US-Rüstungsindustrie dann aber plötzlich der "böse Feind im Osten" ganz abhanden kam, brauchte sie dringend einen neuen. Deshalb schlug das Project for the New American Century / PNAC frühzeitig vor, mit einem "New Pearl Harbor" (weitere Infos dazu unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Project\\_for\\_the\\_New\\_American\\_Century](http://de.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century) ) einen neuen Feind aus dem Hut zu zaubern. Der tauchte wunschgemäß mit den bis heute nicht aufklärten Anschlägen am 11.09.2001 in Form des "internationalen Terrorismus" auf und wurde angeblich von Osama bin Laden und seiner Al-Qaida ferngesteuert (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP16112\\_110912.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP16112_110912.pdf) ). Al-Qaida (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP15012\\_220812.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP15012_220812.pdf) ) hatte den USA aber auch schon vorher gute Dienste geleistet. Mit Geld und Waffen von der CIA warb sie Mudschaheddin (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Mudschahid> ) an, denen es gelang Afghanistan zu destabilisieren und die zur Hilfe gerufene Rote Armee aus dem Land zu vertreiben (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP09612\\_110512.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP09612_110512.pdf) ). Nach dem Abzug der Russen verwandelten sich die verbündeten Mudschaheddin unter Führung der Al-Qaida in zwielichtige Taliban-Kämpfer, die plötzlich zu Todfeinden der USA mutierten.*

Deshalb musste unsere Nation erneut in den Krieg ziehen. Dieser Krieg dauert jetzt schon über ein Jahrzehnt. Ich will nicht seine ganze Geschichte aufrollen. Alle wissen, wie schnell wir Al-Qaida aus Afghanistan vertrieben haben; dann haben wir unsere Aufmerksamkeit aber auf etwas Anderes gerichtet und einen neuen Krieg im Irak angefangen. Und das hatte schwerwiegende Folgen für unseren Kampf gegen Al-Qaida, für unser Ansehen in der Welt und – bis heute – für die Durchsetzung unserer Interessen in einer wichtigen Weltregion.

*Über den schamlosen Betrug und die Lügen des US-Außenministers Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Colin\\_Powell](http://de.wikipedia.org/wiki/Colin_Powell) ), mit denen George W. Bush seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak rechtfertigte, (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP18112\\_071012.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP18112_071012.pdf) ), verliert Obama kein Wort.*

Inzwischen haben wir unsere Verteidigung verstärkt, mögliche Ziele und unsere Transportmittel besser gesichert und die Strafverfolgungsbehörden mit besseren Werkzeugen zur Verhütung von Terroranschlägen ausgestattet. Die meisten dieser Änderungen waren willkommen. Andere sind umstritten. Einige, wie die ausgeweitete Überwachung, warfen schwierige Fragen zum richtigen Gleichgewicht zwischen unserem Sicherheitsbedürfnis und dem Schutz der Privatsphäre auf. Ich bin der Meinung, dass wir in einigen Fällen unsere grundlegenden Werte verletzt haben – indem wir unsere Feinde bei Verhören gefoltert und einzelne Personen widerrechtlich inhaftiert haben.

*Einige dieser "Einzelfälle" sind unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Abu-Ghuraib-Folterskandal> und [http://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Abu\\_Ghuraib\\_prisoner\\_abuse?uselang=de](http://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Abu_Ghuraib_prisoner_abuse?uselang=de) dokumentiert.*

Nachdem ich Präsident geworden war, haben wir den Krieg gegen Al-Qaida verstärkt, uns aber gleichzeitig um eine veränderte Kriegsführung bemüht. Wir haben die Al-Qaida-Führung wieder stärker ins Visier genommen. Wir haben den Krieg im Irak beendet, und fast 150.000 Soldaten nach Hause geholt. In Afghanistan haben wir eine neue Strategie verfolgt und uns mehr um die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte gekümmert. Wir haben die Folter strikt verboten, uns wieder mehr auf Zivilgerichte verlassen, unsere Politik wieder stärker an Rechtsgrundsätzen ausgerichtet und besser mit dem Kongress abgestimmt.

Heute ist Osama bin Laden tot, und die meisten seiner Spitzenleute sind es auch. Es hat keine weiteren groß angelegten Anschläge auf die USA gegeben, und unser Land ist sicherer geworden. Unserer Truppen erleiden nicht mehr so viele Verluste und werden im Laufe der nächsten 19 Monate fast alle nach Hause kommen. Unsere Bündnisse sind gefestigt, und unser Ansehen in der Welt ist es auch. Insgesamt sind die USA durch unsere Anstrengungen sicherer geworden.

Machen Sie jetzt aber nicht den Fehler, zu glauben, unsere Nation werde nicht mehr von Terroristen bedroht. Bengasi und Boston haben uns die traurige Realität in Erinnerung gerufen. Wir müssen aber erkennen, dass sich die Bedrohung seit den Anschlägen am 11. September (2001) gewandelt hat. Nach den Erfahrungen eines Jahrzehnts stehen wir jetzt vor schwierigen Fragen: Wie sehen die heutigen Bedrohungen aus, und wie können wir ihnen am besten begegnen?

Und diese Fragen gehen alle US-Amerikaner an.

Im Lauf des letzten Jahrzehnts hat unsere Nation mehr als eine Billion Dollar für den Krieg ausgegeben, dadurch sind unsere Defizite explodiert und viele Probleme zu Hause blieben ungelöst. Unsere Soldaten und ihre Familien haben große Opfer für uns gebracht. Fast 7.000 US-Amerikaner haben das Wertvollste, ihr Leben, geopfert. Noch mehr Soldaten haben einen Teil ihres Körpers auf dem Schlachtfeld zurückgelassen oder werden die Schrecken des Krieges auch zu Hause nicht mehr los. Gleichgültig, ob es um den Drohnen-Einsatz oder die Inhaftierung von Terrorverdächtigen geht – von den Entscheidungen, die wir jetzt zu treffen haben, wird abhängen, wie das Land und die Welt aussehen, die wir unseren Kindern hinterlassen.

Deshalb stehen die USA an einem Scheideweg. Wir müssen die Art und das Ausmaß des Kampfes, den wir führen, selbst festlegen, sonst werden die Spielregeln von unseren Gegnern festgelegt. Wir müssen die Warnung beachten, die schon James Madison (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/James\\_Madison](http://de.wikipedia.org/wiki/James_Madison) ) ausgesprochen hat: "Keine Nation kann ihre Freiheit bewahren, wenn sie ständig Krieg führt." Weder ich noch ein anderer Präsident kann versprechen, dass wir den Terror jemals ganz besiegen werden. Das Böse, das in den Herzen einiger Menschen schlummert, werden wir nie ganz ausrotten und die Bedrohungen für unsere offene Gesellschaft werden wir nie ganz beseitigen können. Was wir tun können und tun müssen, ist die Zerschlagung der Netzwerke, die eine direkte Bedrohung für uns darstellen; damit machen wir es auch neuen Gruppierungen schwerer, uns die Freiheiten und Ideale zu nehmen, die wir verteidigen. Zur Festlegung unserer Strategie müssen wir Entscheidungen treffen, die nicht auf Angst, sondern auf teuer bezahlten Erkenntnissen beruhen. Das beginnt mit dem Verstehen der Bedrohung, vor der wir gegenwärtig stehen.

Heute steht der harte Kern der Al-Qaida in Afghanistan und Pakistan vor einer Niederlage. Die übriggebliebenen Anführer verbringen mehr Zeit mit ihrer eigenen Absicherung als mit Anschlägen auf uns. Die Anschläge in Bengasi oder Boston wurden nicht von ihnen ange-

stiftet. Seit dem 11.09. ist es ihnen nicht mehr gelungen, einen erfolgreichen Anschlag in unserem eigenen Land durchzuführen.

Zu beobachten ist aber die Bildung verschiedener Al-Qaida-Splittergruppen. Im Jemen, in Somalia und in Nordafrika geht die Bedrohung heute von solchen Absplitterungen aus. Die Splittergruppe Al-Qaeda in the Arabian Peninsula / AQAP (Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel, s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Al-Qaeda\\_in\\_the\\_Arabian\\_Peninsula](http://en.wikipedia.org/wiki/Al-Qaeda_in_the_Arabian_Peninsula) ) plant zur Zeit die meisten Anschläge gegen unser Land. Zwar hatte keiner der von AQAP geplanten Angriffe das Ausmaß des 11.09., sie planen aber immer noch Terroranschläge – wie den Versuch, an Weihnachten 2009 ein Verkehrsflugzeug in der Luft zu sprengen.

*Obama meint damit den misslungenen Anschlag des so genannten "Unterhosenbombers". Aufschlussreiche Infos dazu sind nachzulesen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP00110\\_010110.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP00110_010110.pdf) .*

Durch die Unruhen in der arabischen Welt ist es den Extremisten gelungen, auch in Staaten wie Libyen und Syrien Fuß zu fassen. Aber auch dort gibt es Unterschiede zum 11. September. In einigen Fällen sind wir auch mit Terrornetzwerken konfrontiert, die von Staaten gesponsert werden – zum Beispiel mit der Hisbollah, die mit Terroranschlägen politische Ziele durchsetzen will. Andere Gruppierungen dieser Art sind nur Ansammlungen von lokalen Milizen oder Extremisten, die sich ein bestimmtes Territorium aneignen wollen. Wir müssen zwar aufpassen, dass sich solche Gruppierungen nicht zu einer internationalen Bedrohung entwickeln, sie operieren aber meistens nur in den Staaten und Regionen, in denen sie sich gebildet haben. Das bedeutet, dass wir uns stärker auf lokale Bedrohungen einstellen müssen – wie in Bengasi oder bei dem Überfall auf die BP-Ölanlage in Algerien; dabei können auch lose regionale Terrornetzwerke entstehen, die vereinzelt Angriffe auf westliche Diplomaten, Firmen und andere weiche Ziele durchführen oder mit Kidnapping und anderen kriminellen Akten ihre Operationen zu finanzieren versuchen.

*Unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nach-ueberfall-auf-gasfoerderanlage-algerien-will-keine-soldaten-nach-mali-schicken-12033368.html> ist nachzulesen, dass in Algerien eine Gasförderanlage überfallen wurde. Aber Obama geht ja auch sonst etwas großzügig mit Fakten um.*

Schließlich geht auch von radikalisierten Personen in den USA selbst eine echte Bedrohung aus. Ob es sich um einen Amokschützen in einem Sikh-Tempel in Wisconsin (Infos dazu unter [http://www.focus.de/politik/ausland/usa/entsetzen-nach-bluttat-in-den-usa-sieben-tote-nach-attentat-auf-sikh-tempel-in-wisconsin\\_aid\\_794077.html](http://www.focus.de/politik/ausland/usa/entsetzen-nach-bluttat-in-den-usa-sieben-tote-nach-attentat-auf-sikh-tempel-in-wisconsin_aid_794077.html) , um ein Flugzeug, das sich in Texas auf ein Gebäude stürzt (s. <http://www.merkur-online.de/aktuelles/welt/texas-kleinflugzeug-stuerzte-buerohaus-636252.html> ), oder um Extremisten handelt, die in einem Bundesgebäude in Oklahoma City 168 Menschen getötet haben (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Bombenanschlag\\_auf\\_das\\_Murray\\_Federal\\_Building\\_in\\_Oklahoma\\_City](http://de.wikipedia.org/wiki/Bombenanschlag_auf_das_Murray_Federal_Building_in_Oklahoma_City) ), die USA haben in ihrer Geschichte den gewaltsamen Extremismus schon in vielen Formen erlebt. Verwirrte oder missbrauchte Personen – die häufig auch US-Bürger oder legale Einwanderer sind – können enormen Schaden anrichten, besonders, wenn sie sich durch größere Gewaltakte militanter Dschihadisten inspirieren lassen. Dieser Hang zum Extremismus scheint auch die Motivation für den Amokschützen von Fort Hood (s. dazu [http://www.focus.de/politik/ausland/kriminaltaet-weitere-anklagen-gegen-amokschuetzen-von-fort-hood\\_aid\\_459709.html](http://www.focus.de/politik/ausland/kriminaltaet-weitere-anklagen-gegen-amokschuetzen-von-fort-hood_aid_459709.html) ) und die Bombenleger beim Boston-Marathon gewesen zu sein.

*Die Zweifel des US-Journalisten Dave Lindorff an den Ermittlungsergebnissen des FBI zu dem Anschlag auf den Boston-Marathon sind nachzulesen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP05613\\_290413.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05613_290413.pdf) .*

So sieht also die gegenwärtige Bedrohung aus, die auch immer noch Opfer fordert. Im Aufbau befindliche Al-Qaida-Ableger bedrohen diplomatische Einrichtungen und Firmen im Ausland, und einheimische Extremisten schlagen in unserem eigenen Land zu. Das ist die Zukunft des Terrorismus. Wir müssen diese Bedrohungen ernst nehmen, und alles in unserer Kraft Stehende tun, um sie abzuwehren. Bei der Planung unserer Gegenmaßnahmen müssen wir beachten, dass die gegenwärtige Bedrohung der ähnelt, mit der wir uns schon vor dem 11.09. konfrontiert sahen.

Bereits in den 1980er Jahren fielen US-Amerikaner Terroranschlägen auf unsere Botschaft in Beirut (s. <http://www1.wdr.de/themen/archiv/stichtag/stichtag7388.html> ), auf eine Kaserne unseres Marine Corps während der Kämpfe im Libanon (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag\\_auf\\_den\\_US-St%C3%BCtzpunkt\\_in\\_Beirut\\_1983](http://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_auf_den_US-St%C3%BCtzpunkt_in_Beirut_1983) ), auf ein Kreuzfahrtschiff auf See (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Achille\\_Lauro\\_%28Schiff%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Achille_Lauro_%28Schiff%29) ), auf eine Disko in Berlin (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/La\\_Belle\\_%28Diskothek%29](http://de.wikipedia.org/wiki/La_Belle_%28Diskothek%29) ) und auf den Flug 103 der Pan Am (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Lockerbie-Anschlag> ) über (dem schottischen Ort) Lockerbie zum Opfer. Auch in den 1990er Jahren kamen US-Amerikaner bei Anschlägen auf das World Trade Center (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Bombenanschlag\\_auf\\_das\\_World\\_Trade\\_Center\\_1993](http://de.wikipedia.org/wiki/Bombenanschlag_auf_das_World_Trade_Center_1993) ), auf US-Militäreinrichtungen in Saudi-Arabien (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-stuetzpunkt-in-saudi-arabien-fremde-im-heimigen-land-a-160275.html> ) und auf unsere Botschaft in Kenia (Informationen dazu unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag\\_auf\\_die\\_Botschaften\\_der\\_Vereinigten\\_Staaten\\_in\\_Daressalam\\_und\\_Nairobi](http://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag_auf_die_Botschaften_der_Vereinigten_Staaten_in_Daressalam_und_Nairobi) ) ums Leben. Diese Angriffe waren alle brutal, bei allen gab es Tote, und daraus wir haben gelernt, dass die Bedrohung wächst, wenn wir nichts dagegen unternehmen. Wenn wir aber klug und angemessen reagieren, muss die heutige Bedrohung nicht wieder das Ausmaß annehmen, das wir am 11.09. erleben mussten.

Außerdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass diese Bedrohungen nicht in einem Vakuum entstehen. Hinter den meisten, wenn auch nicht hinter allen Terroranschlägen, die sich gegen uns gerichtet haben, stand die gleiche Ideologie – die Annahme einiger Extremisten, die USA und der Westen befänden sich in einem Konflikt mit dem Islam und deshalb sei Gewalt gegen westliche Ziele – auch gegen westliche Zivilisten – im Rahmen eines größeren Kampfes gerechtfertigt. Natürlich beruht diese Ideologie auf einer Lüge, denn die USA führen keinen Krieg gegen den Islam. Außerdem lehnt die überwiegende Mehrheit der Muslime, die übrigens am häufigsten bei Terroranschlägen sterben, diese Ideologie ab.

Trotzdem existiert diese Ideologie, und in einer Zeit, in der Ideen und Bilder den Erdball in wenigen Augenblicken umkreisen, können wir auf den Terrorismus nicht nur mit Soldaten oder Polizisten reagieren. Wir brauchen alle Elemente unserer nationalen Macht, um den Krieg des Willens und der Ideen zu gewinnen. Deshalb möchte ich heute einige Elemente einer umfassenden Anti-Terrorstrategie ansprechen.

Zunächst müssen wir die begonnene Arbeit beenden, also Al-Qaida und die mit ihr verbündeten Kräfte besiegen.

In Afghanistan werden wir die Übertragung der Verantwortung für die Sicherheit des Landes an die Afghanen vollenden. Die meisten unserer Soldaten werden nach Hause zurückkehren. Unser Kampfeinsatz wird auslaufen. Wir werden die afghanische Regierung aber bei der Ausbildung eigener Sicherheitskräfte unterstützen und auch eine US-Kampfgruppe zur Terrorbekämpfung im Land belassen, die sicherstellt, dass Al-Qaida hier nie wieder einen sicheren Unterschlupf findet, von dem aus sie Angriffe auf uns oder unsere Verbündeten starten könnte.

*Der US-Drohnenkrieg in Afghanistan und Pakistan geht also weiter, wird aber nicht mehr offen, sondern mit weniger US-Soldaten und nur noch aus dem Hinterhalt geführt.*

Nach Afghanistan werden wir "den globalen Krieg gegen den Terror" nicht endlos weiterführen, sondern uns eher auf eine Reihe gezielter Aktionen beschränken, um einzelne Netzwerke von Extremisten auszuschalten, welche die USA bedrohen. In vielen Fällen werden wir dazu Partnerschaften mit anderen Staaten eingehen. Bis heute haben schon Tausende pakistanischer Soldaten ihre Leben im Kampf gegen Extremisten verloren. Im Jemen unterstützen wir Sicherheitskräfte, die bisher von der AQAP beherrschtes Territorium zurückerobern wollen. In Somalia haben wir einer Koalition afrikanischer Staaten dabei geholfen al-Shabaab (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab\\_%28Somalia%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_%28Somalia%29) ) aus ihren Hochburgen zu vertreiben. In Mali leisten wir den von Franzosen geführten Interventionsstruppen (mit Tankflugzeugen) Militärhilfe bei der Zurückdrängung der Al-Qaida im Maghreb (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Qaida\\_im\\_Maghreb](http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Qaida_im_Maghreb) ) und verhelfen damit den Menschen in Mali zu einer gesicherten Zukunft.

Mit am besten funktioniert die Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung zwischen den Geheimdiensten und bei der Ergreifung und Strafverfolgung von Terroristen. So wurde es möglich, dass ein Terrorist aus Somalia, der vor der Küste des Jemen aufgegriffen wurde, jetzt in New York im Gefängnis sitzt. Genau so haben wir auch mit unseren europäischen Verbündeten zusammengearbeitet, um Anschläge in Dänemark, in Deutschland oder in Großbritannien zu verhindern. Informationen, die wir vom Geheimdienst Saudi-Arabiens erhielten, haben verhindert, dass über dem Atlantik ein Transportflugzeug explodiert ist. Diese Partnerschaften funktionieren also.

*Damit spielt Obama auf die Komplizenschaft europäischer, afrikanischer und asiatischer Regierungen bei der Durchführung von CIA-Entführungsflügen und bei der Betreibung von CIA-Geheimgefängnissen an. Ausführliche Informationen sind nachzulesen in den LUFT-POST-Ausgaben [http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP\\_05/LP04705\\_041205.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_05/LP04705_041205.pdf) , [http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP\\_05/LP04405\\_011205.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_05/LP04405_011205.pdf) und [http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP\\_05/LP04705\\_041205.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_05/LP04705_041205.pdf) .*

Obwohl wir die Inhaftierung und Strafverfolgung von Terroristen bevorzugen, ist dieses Vorgehen manchmal ausgeschlossen. Al-Qaida und ihre Untergruppen versuchen auch in einigen der entlegensten und unwirtlichsten Gegenden der Erde Fuß zu fassen. So suchen sie auch Zuflucht in abgelegenen Stammesgebieten. Sie verbergen sich in Höhlen und befestigten Lagern. Sie trainieren in menschenleeren Wüsten und unzugänglichen Gebirgen.

In einigen dieser Gebiete – zum Beispiel in Somalia und im Jemen – hat der betroffene Staat kaum Zugriffsmöglichkeiten. In anderen Fällen verfügen Staaten nicht über die nötigen Mittel oder wollen überhaupt nicht eingreifen. Die USA können auch nicht immer ein Team der Special Forces losschicken, um einzelne Terroristen festnehmen zu lassen. Selbst wenn das möglich wäre – es gibt Plätze, an denen wir hohe Risiken für unsere Soldaten und die dort lebenden Zivilisten eingehen müssten, weil ein Terroristennest nicht ohne ein Feuergefecht mit in der Umgebung lebenden Stammesangehörigen ausgehoben werden könnte, die ansonsten keine Gefahr für uns darstellen. Außerdem könnte der Einsatz von US-Bodentruppen eine größere internationale Krise auslösen.

Mit anderen Worten, die Operation gegen Osama bin Laden in Pakistan kann nicht die Norm sein. Die mit diesem Einsatz verbundenen Gefahren waren sehr groß. Wir hätten bin Laden gern festgenommen, wegen des zu erwartenden Widerstandes war eine Festnahme aber nicht sehr wahrscheinlich. Dass dabei keine unbeteiligten Zivilisten starben und

es auch nicht zu einem längeren Schusswechsel kam, ist der minutiösen Vorbereitung und dem Professionalismus unserer Spezialtruppen zu verdanken; wir hatten aber auch einfach Glück. Und wir konnten uns auf unsere gute Infrastruktur in Afghanistan verlassen. Die Folgen dieser Aktion für unsere Beziehung zu Pakistan und die Reaktion der pakistanischen Öffentlichkeit auf unser Eindringen in ihr Territorium waren aber so negativ, dass wir erst jetzt wieder damit beginnen können, diese wichtige Partnerschaft neu aufzubauen.

*Dass die "Aktion zur Ergreifung Osama bin Ladens" nicht so verlaufen sein kann, wie Obama hier erneut verkündet, weil der angeblich immer noch Gejagte schon lange vorher tot war, pfeifen inzwischen die Spatzen von vielen Dächern. Infos dazu sind nachzulesen unter [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_09/LP22809\\_191009.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP22809_191009.pdf) und [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP12911\\_120811.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP12911_120811.pdf).*

Deshalb sind die USA dazu übergegangen, gezielte Tötungen von Mitgliedern der Al-Qaida und mit ihr verbündeter Gruppierungen mit ferngesteuerten Fluggeräten durchzuführen, die gewöhnlich als Drohnen bezeichnet werden.

Auch schon in früheren bewaffneten Auseinandersetzungen hat die Einführung einer neuen Technologie schwierige Fragen aufgeworfen: Wer wird damit ins Visier genommen und warum geschieht das? Fordert sie zivile Opfer, und besteht die Gefahr, dass sie uns neue Feinde schafft? Sind Drohnen-Angriffe nach dem US-Recht und dem Völkerrecht zulässig? Wer übernimmt die Verantwortung dafür, und sind sie moralisch gerechtfertigt? Lassen Sie mich deshalb auf diese Fragen eingehen.

Zunächst möchte ich einmal feststellen, dass die Drohnen-Angriffe wirksam sind. Ich vertraue Ihnen jetzt etwas an. In den Aufzeichnungen aus bin Ladens (letztem) Schlupfwinkel, die unser Geheimdienst ausgewertet hat, befand sich der Vermerk: "Durch Luftschläge des Feindes könnten wir unsere Reserven verlieren. Dagegen können wir nicht mit Sprengfallen kämpfen." Diese Aussage wurde auch in der Kommunikation zwischen anderen Al-Qaida-Führern bestätigt. Dutzende hoch qualifizierter Anführer, Trainer, Bombenbauer und Funktionäre der Al-Qaida konnten (durch Drohnen-Angriffe) in den Kampfgebieten eliminiert werden. Anschläge auf die internationale Luftfahrt, US-Verkehrssysteme, europäische Städte und unsere Truppen in Afghanistan konnten dadurch verhindert werden. Auf einen einfachen Nenner gebracht – unsere Drohnen-Angriffe haben viele Leben gerettet.

Außerdem sind unser Aktionen (die US-Drohnen-Angriffe) legal. Am 11.09. (2001) wurden wir angegriffen. Innerhalb einer Woche autorisierte der Kongress mit überwältigender Mehrheit die Anwendung von Gewalt. Nach unserem Recht und nach dem Völkerrecht führen die USA gegen Al-Qaida, die Taliban und die mit ihnen verbündeten Kräfte Krieg. Wir führen Krieg gegen eine Organisation, die so viele US-Amerikaner töten will, wie sie nur kann, wenn wir sie nicht vorher stoppen. Wir führen also einen gerechten Krieg – einen angemessenen Krieg, der letztlich nur unserer Selbstverteidigung dient.

Weil unser Kampf jetzt aber in eine neue Phase eintritt, kann der legitime Anspruch der USA auf Selbstverteidigung nicht das letzte Wort sein. Auch wenn eine militärische Taktik legal und sogar wirksam ist, heißt das noch nicht, dass sie klug oder in jedem Fall moralisch vertretbar ist. Der technische Fortschritt der Menschheit, der uns (mit der Atombombe) eine Technologie verschafft hat, mit der wir die halbe Welt auslöschen könnten, verlangt auch viel Selbstdisziplin von uns und dass wir mit dieser Macht vorsichtig umgehen, damit wir nicht riskieren, sie zu missbrauchen. Deshalb hat meine Regierung in den letzten vier Jahren auch intensiv gearbeitet, um einen Rahmen für die Anwendung von Gewalt gegen Terroristen festzulegen – mit klaren Anweisungen, geregelter Aufsicht und genau defi-

nierter Verantwortlichkeit; das Arbeitsergebnis wurde in einer Presidential Policy Guidance (einer politischen Richtlinie des Präsidenten) kodifiziert, die ich gestern unterzeichnet habe.

*Die angebliche Rechtmäßigkeit heimtückisch aus dem Hinterhalt auf dem Territorium souveräner Staaten verübter Drohnen-Morde existiert nur in den Hirnen US-amerikanischer Rechtsverdreher. Der Sonderbeauftragte der UN, die meisten Völkerrechtler und das US-Informationsmedium ProPublica sehen das ganz anders. Ihre Argumente sind nachzulesen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP04313\\_270313.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04313_270313.pdf) , [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP07113\\_280513.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07113_280513.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP01613\\_030213.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf) .*

Auf dem Kriegsschauplatz Afghanistan müssen und werden wir auch weiterhin unsere Truppen unterstützen, bis die Übertragung (der Verantwortung auf die afghanischen Sicherheitskräfte) Ende 2014 abgeschlossen ist. Und das bedeutet, dass wir die Drohnen-Angriffe nicht nur auf hochrangige Al-Qaida-Ziele, sondern auch auf Kräfte fortsetzen werden, die sich zusammenrotten, um die Koalitionstruppen anzugreifen. Ende 2014 wird der Schutz für unsere (bis dahin abgezogenen) Truppen entfallen, und auch wegen der erzielten Fortschritte in Kampf gegen den Kern der Al-Qaida können wir die Anzahl unser Drohnen-Angriffe dann reduzieren.

Nach dem Abzug aus Afghanistan nehmen wir nur noch Al-Qaida und die mit ihr verbündeten Kräfte ins Visier. Der Einsatz von Drohnen wird aber stark eingeschränkt. Die USA greifen nicht mit Drohnen an, wenn die Möglichkeit besteht, einzelne Terroristen festzunehmen – wir ziehen es immer vor, sie zu inhaftieren, zu verhören und strafrechtlich zu verfolgen. Die USA können nicht überall Drohnen einsetzen, wo sie das gern möchten; wir müssen uns mit unseren Partnern abstimmen und die Souveränität anderer Staaten respektieren.

Die USA setzen keine Drohnen ein, um Individuen zu bestrafen; wir gehen gegen Terroristen vor, die eine ständige und unmittelbar bevorstehende Bedrohung für die US-Bevölkerung darstellen, und das tun wir auch nur dann, wenn andere Regierungen nicht dazu fähig sind, diese Bedrohung wirksam abzustellen. Und vor jedem Drohnen-Angriff muss nahezu Gewissheit bestehen, dass keine Zivilisten getötet oder verletzt werden – das ist die höchste Sorgfaltsstufe, die wir vorschreiben können.

Der letzte Punkt ist wichtig, weil es zu Hause und im Ausland verständlicherweise besonders viel Kritik wegen der zivilen Opfer von Drohnen-Angriffen gibt. Es besteht allerdings ein großer Unterschied zwischen den Angaben der US-Regierung und den Berichten nichtstaatlicher Organisationen über die Anzahl der zu Schaden gekommenen Zivilisten. Dennoch ist es eine unbestreitbare Tatsache, dass es bei den US-Drohnen-Angriffen auch Verluste unter der Zivilbevölkerung gibt; diese Gefahr besteht aber in jedem Krieg. Für die Familien der zivilen Opfer ist ihr Verlust weder mit Worten, noch mit rechtlichen Konstrukten zu rechtfertigen. Mich und alle anderen in der Befehlskette (die Drohnen-Angriffe anordnet) werden (die Gedanken an) die zivilen Opfer verfolgen, so lange wir leben – wie die Gedanken an die anderen zivilen Opfer, die es in den normalen Kämpfen in Afghanistan und im Irak gegeben hat.

*Hat sich Obama nur vertan, als er die juristische Rechtfertigung seiner Regierung für ihre Drohnen-Angriffe als "legal construct" – also als rechtliches Konstrukt – bezeichnete, oder wollte er damit durchblicken lassen, dass er sich überhaupt nicht darum schert, ob diese Angriffe legal oder illegal sind?*

Aber als Oberbefehlshaber muss ich diese bedauerlichen Tragödien gegen die Alternativen abwägen. Wenn wir nicht gegen die terroristischen Netzwerke vorgehen, müssten wir mit noch viel mehr zivilen Opfer rechnen – nicht nur in unseren eigenen Städten und in unseren Einrichtungen im Ausland, sondern auch in Städten wie Sanaa (der Hauptstadt des Jemen), Kabul (der Hauptstadt Afghanistans) oder Mogadischu (der Hauptstadt Somalias), und überall da, wo Terroristen Fuß zu fassen versuchen. Denken Sie daran, dass die Terroristen, die wir jagen, vor allem Zivilisten umbringen und dass die Anzahl der muslimischen Opfer ihrer Terroranschläge jede Schätzung zur Anzahl der zivilen Opfer bei Drohnen-Angriffen sehr klein aussehen lässt. Deshalb ist Nichtstun keine Option.

Wo ausländische Regierungen den Terrorismus auf ihrem Territorium nicht effektiv bekämpfen können oder wollen, wäre die erste Alternative zu gezielten Tötungen (durch Drohnen) der Rückgriff auf herkömmliche militärische Optionen. Wie ich bereits aufgezeigt habe, sind sogar Operationen kleiner Spezialeinheiten mit enormen Risiken verbunden. Herkömmliche Luftangriffe mit Flugzeugen oder Raketen sind viel ungenauer als Drohnen-Angriffe und würden wahrscheinlich viel mehr zivile Opfer und größeren lokalen Aufruhr als diese verursachen. Wenn wir in fremde Territorien einmarschieren, würden wir als Besatzungsarmee angesehen und einen reißenden Strom unbeabsichtigter Folgen auslösen, der nur schwer wieder einzudämmen wäre, aber sehr viele zivile Opfer fordern und denen in die Hände spielen würde, die einen großen Konflikt entfachen wollen.

Deshalb ist es falsch zu behaupten, beim Einsatz von Bodentruppen gäbe es weniger zivile Tote und wir würden uns auch nicht so viele Feinde in der islamischen Welt machen. Die Folge wären nur höhere US-Verluste, mehr Misserfolge, wie sie der Film "Black Hawk Down" zeigt (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Black\\_Hawk\\_Down](http://de.wikipedia.org/wiki/Black_Hawk_Down) ), mehr Konfrontationen mit der einheimischen Bevölkerung und eine unvermeidliche Ausweitung der Operationen, die leicht zu neuen Kriegen eskalierten könnten.

Ja, in dem Konflikt mit Al-Qaida kann es – wie in anderen bewaffneten Konflikte auch – zu Tragödien kommen. Aber wenn wir mit unseren Aktionen genau auf diejenigen zielen, die uns töten wollen, und nicht auf die Menschen, unter denen sie sich verbergen, entscheiden wir uns für die Aktionsform, die am wenigsten unschuldige Opfer fordert.

Unsere Bemühungen müssen an den geschichtlichen Erfahrungen gemessen werden, die wir beim Einsatz von US-Truppen in fernen Ländern mit uns feindlich gesinnten Bevölkerungen gemacht haben. In Vietnam starben Hunderttausende von Zivilisten in einem Krieg, in dem die Grenzen zwischen Kämpfern und Bevölkerung verwischt waren. Auch im Irak und in Afghanistan wurden trotz des außergewöhnlichen Mutes und der Disziplin unserer Truppen Tausende von Zivilisten getötet. Weder herkömmliche militärische Operationen noch das untätige Warten auf Anschläge sind moralisch vertretbarer (als Drohnen-Angriffe), und wir können uns in Territorien, die keine funktionierenden Polizeikräfte oder Geheimdienste haben und eigentlich gesetzlos sind, auch nicht nur auf Strafverfolgungsmaßnahmen verlassen.

Damit will ich nicht sagen, dass wir (mit den Drohnen-Angriffen) keine Risiken eingehen. Mit jeder US-Militäraktion im Ausland können wir uns mehr Feinde machen und die Öffentlichkeit in anderen Ländern gegen uns aufbringen. Außerdem schränken unsere Gesetze die Macht des Präsidenten auch in Kriegszeiten ein, und ich habe einen Eid geleistet, der mich verpflichtet, die Verfassung der USA zu achten. Die zur Vorbereitung von Drohnen-Angriffen notwendige Sorgfalt und die bei solchen Aktionen unerlässliche Geheimhaltung kann dazu führen, dass sich die Regierung abschirmt und das öffentlichen Interesse an Militäraktionen nicht befriedigt. Das könnte auch zur Folge haben, dass der Präsident und sein Team Drohnen-Angriffe als Allheilmittel gegen den Terrorismus ansehen.

Aus diesem Grund habe ich darauf bestanden, dass alle gezielten Tötungen einer strengen Aufsicht unterworfen werden. Seit ich mein Amt angetreten habe, hat meine Regierung damit begonnen, die zuständigen Kongress-Ausschüsse über alle Drohnen-Angriffe außerhalb des Iraks und Afghanistans zu informieren. Lassen Sie mich das wiederholen: Der Kongress hat nicht nur die Anwendung von Gewalt autorisiert, er wird auch über jeden Drohnen-Angriff der USA informiert, wirklich über jeden. Das ist auch in dem einen Fall geschehen, in dem wir einen US-Bürger – Anwar Awlaki, den Chef der Auslandsoperationen der Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel / AQAP – ins Visier genommen haben.

*Wie unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP05513\\_280413.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05513_280413.pdf) nachzulesen ist, besteht die "Information des US-Kongresses" darin, dass die Geheimdienst-Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses erst nach den Drohnenangriffen vermutlich geschönte Informationen darüber erhalten,*

In dieser Woche habe ich die Freigabe von Informationen über diese Aktion und über die Umstände autorisiert, durch die drei weitere US-Amerikaner bei Drohnen-Angriffen getötet wurden, um Transparenz herzustellen und die Diskussion über dieses Problem, in der auch unhaltbare Behauptungen aufgestellt wurden, zu versachlichen. Zur Klarstellung möchte ich noch hinzufügen, dass es unsere Verfassung meiner Meinung nach nicht zulässt, irgendeinen US-Bürger ohne ordentliches Gerichtsverfahren mit einer Drohne oder mit einer Schusswaffe anzugreifen und zu töten; außerdem sollte auch kein US-Präsident bewaffnete Drohnen über dem Staatsgebiet der USA einsetzen.

Wenn sich ein US-Bürger aber ins Ausland begibt, um von dort aus Krieg gegen die USA zu führen, und sich aktiv an Vorbereitungen zur Tötung von US-Bürgern beteiligt, und wenn weder die USA, noch unsere Partner in der Lage sind, ihn festzunehmen, bevor er einen Anschlag ausführt, kann ihn seine US-Staatsbürgerschaft so wenig schützen, wie einen Amokschützen, der auf eine Gruppe unschuldiger Menschen feuert, bis ihn ein SWAT-Team (der Polizei, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/SWAT> ) ausschaltet.

Anwar Awlaki war so einer – er versuchte unaufhörlich, US-Bürger zu töten. 2010 nahm er an der Vorbereitung eines Anschlages teil, bei dem zwei Frachtflugzeuge auf dem Weg in die USA durch Explosionen (Hintergrundinformationen dazu unter [http://www.focus.de/politik/ausland/usa/abhoerskandal-bei-associated-press-nachrichtenagentur-mehrere-monate-lang-von-us-justiz-ausspioniert\\_aid\\_988657.html](http://www.focus.de/politik/ausland/usa/abhoerskandal-bei-associated-press-nachrichtenagentur-mehrere-monate-lang-von-us-justiz-ausspioniert_aid_988657.html) ) zerstört werden sollten. Auch 2009 war er schon an der Planung eines Anschlages auf ein Passagierflugzeug beteiligt. Als (der Unterhosenbomber) Farouk Abdulmutallab – der am ersten Weihnachtsfeiertag dieses Jahres ein Flugzeug in der Luft sprengen wollte – in den Jemen kam, beherbergte ihn Awlaki, ermunterte ihn zu einem Selbstmordattentat und half ihm, ein Märtyrer-Video aufzunehmen, das nach dem Anschlag verbreitet werden sollte, und erteilte ihm den Auftrag, das Flugzeug über amerikanischem Boden zu vernichten (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP00110\\_010110.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP00110_010110.pdf) ). Ich hätte Awlaki gern eingesperrt und strafrechtlich verfolgt, wenn wir ihn vor dem (geplanten Anschlag ) hätten festnehmen können. Das war aber nicht möglich. Ich wäre meinen Pflichten als Präsident nicht nachgekommen, wenn ich den Drohnen-Angriff, der ihn tötete, nicht genehmigt hätte. (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP03510\\_040210.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP03510_040210.pdf) )

Natürlich wirft ein Drohnen-Angriff auf einen US-Amerikaner verfassungsrechtliche Fragen auf, die in anderen Fällen keine Rolle spielen; deshalb hat meine Regierung das Justizministerium schon Monate vor der Tötung Awlakis mit Informationen über ihn versorgt und auch den Kongress über den auf ihn geplanten Drohnen-Angriff in Kenntnis gesetzt. Die hohen Hürden, die wir vor jeder gezielten Tötung aufgerichtet haben, gelten aber für alle potenziellen Zielpersonen, unabhängig davon ob sie US-Bürger sind oder nicht. Diese

Hürden respektieren die jedem Menschenleben innewohnende Würde. Neben der Entscheidung, unsere Männer und Frauen in Uniform den Risiken eines Militäreinsatzes auszusetzen, ist die Entscheidung, Gewalt gegen Personen oder Gruppen anzuwenden – auch wenn es sich um eingeschworene Feinde der USA handelt – die schwerste Entscheidung, die ein Präsident treffen muss. Weil ich aber für den Schutz der US-Bevölkerung verantwortlich bin, muss ich diese Entscheidungen treffen.

Des Weiteren habe ich meine Regierung angewiesen, zu überprüfen wie die Aufsicht über gezielte Tötungen auch außerhalb von Kriegsgebieten über die (bloße) Information des Kongresses hinaus verbessert werden könnte. Jede Option bietet in der Theorie Vorteile, wirft in der Praxis aber große Probleme auf. Zum Beispiel hätte die Errichtung eines speziellen Gerichtshofs, der eine beabsichtigte gezielte Tötung prüfen und autorisieren müsste, den Vorteil, eine dritte Säule des Staates in den Prozess einzubeziehen; dadurch entstünde aber das verfassungsrechtliche Problem einer angemessenen Gewaltenteilung zwischen dem Präsidenten und diesem Gericht. Ein anderer Vorschlag sieht die Errichtung eines unabhängigen Aufsichtsausschusses im Bereich der Exekutive vor; dadurch würde zwar das vorher angesprochene Problem vermieden, aber eine neue Stufe der Bürokratie in die Beschlussfassung über Fragen zur staatlichen Sicherheit eingeführt, die den Entscheidungsprozess für die Öffentlichkeit nicht vertrauenswürdiger machen würde. Ich möchte, dass sich der Kongress mit den genannten und anderen Optionen befasst und einen Weg findet, der eine bessere Aufsicht ermöglicht.

Ich glaube jedoch, dass die Debatte über die Anwendung von Gewalt nur Teil einer größeren Diskussion über eine umfassende Anti-Terrorstrategie sein kann, denn die Fixierung auf Gewaltanwendung allein, wird uns nicht sicherer machen. Wir können nicht überall Gewalt anwenden, wo eine radikale Ideologie Wurzeln schlägt; und ohne eine Strategie, die auch die Ursachen des Extremismus berücksichtigt, wird sich ein ständiger Krieg – unabhängig davon, ob er mit Drohnen, Spezialeinheiten oder größeren Truppenverbänden geführt wird, als sinn- und zwecklos erweisen und unser Land auf eine beunruhigende Weise verändern.

Deshalb muss zu den Elementen unserer Strategie auch die Beschäftigung mit den Nöten und Konflikten gehören, die den Extremismus von Nordafrika bis nach Südasien nähren. Wie wir im letzten Jahrzehnt gelernt haben, ist das ein riesiges und kompliziertes Unterfangen. Wir können nicht erwarten, dass wir tief eingewurzelte Probleme wie Armut und Hass zwischen religiösen Gruppierungen schnell bereinigen können. Außerdem gibt es zwischen den betroffenen Ländern kaum Ähnlichkeiten, und einige werden chaotische Veränderungen erleben, bevor sich die Dinge zum Besseren wenden. Unsere Sicherheit und unsere Werte verlangen aber von uns, dass wir uns auch darum kümmern.

Das bedeutet, dass wir in Ländern wie Ägypten, Tunesien und Libyen die Umwandlung in Demokratien geduldig unterstützen müssen – weil die friedliche Verwirklichung individueller Sehnsüchte gewaltbereite Extremisten in die Schranken weisen wird. Wir müssen die Opposition in Syrien stärken, indem wir extremistische Elemente isolieren – damit die Herrschaft eines Tyrannen nicht von der Tyrannei des Terrorismus abgelöst wird. Wir arbeiten hart, um Frieden zwischen Israelis und Palästinensern zu schaffen – weil das der richtige Weg ist, und weil ein Frieden zwischen beiden die Situation in einer ganzen Region entspannen würde. Und wir müssen Ländern helfen, ihre Wirtschaft und ihr Bildungssystem zu modernisieren und ihre Unternehmer zu ermuntern, denn die führende Rolle der USA wird eher anerkannt, wenn wir in den Menschen auch Hoffnungen erwecken und ihnen nicht nur Angst einjagen.

*Es ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten, wenn der höchste Repräsentant einer Macht, die überall Brände legt, damit sie sich zur Durchsetzung ihrer Interessen als "Feu-*

*erwehr" betätigen kann, auch noch scheinheilig fordert, die USA müssten sich an der Beseitigung der Brandfolgen für die Geschädigten beteiligen.*

Um Erfolg an all diesen Fronten zu haben, müssen wir engagiert bleiben, aber auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Ich weiß, dass Auslandshilfe eine der unpopulärsten Ausgaben ist. Das gilt gleichermaßen für Demokraten und Republikaner – ich kenne die Umfragen – auch wenn diese Hilfe weniger als ein Prozent des Bundeshaushalts ausmacht. Wenn man Leute auf der Straße fragt, glauben viele, es seien 25 Prozent. Aber auch das eine Prozent ist ihnen noch zu viel. Auslandshilfe darf aber nicht als Wohltätigkeit angesehen werden. Sie ist für die Sicherheit unseres Staates unerlässlich. Und sie ist auch unverzichtbar im Rahmen unserer langfristigen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus.

Außerdem ist unsere Auslandshilfe nur ein winziger Bruchteil dessen, was wir für Kriege ausgeben, die wir mit unserer Auslandshilfe verhindern könnten. Mit dem Geld, das wir auf dem Höhepunkt des Irak-Krieges in einem Monat ausgegeben haben, könnten wir die Ausbildung der Sicherheitskräfte in Libyen bezahlen, Friedensvereinbarungen zwischen Israel und seinen Nachbarn finanziell absichern, die Hungernden im Jemen speisen, Schulen in Pakistan bauen und überall Zonen des Wohlwollens schaffen, in denen Extremisten kaum Chancen hätten. Deshalb muss (der gezielte Einsatz unserer) Auslandshilfe Teil unserer Strategie (zur Bekämpfung des Terrorismus) werden.

*Wer sich durch teure, völkerrechtswidrige Angriffskriege trotz seiner unaufhörlich laufenden Gelddruckmaschinen selbst an den Rand des Ruins treibt, muss versuchen, seine Objekte der Begierde wenigstens noch so lange mit Almosen für sich einzunehmen, wie sie den immer wertloser werdenden Dollar noch als Zahlungsmittel akzeptieren.*

Die USA können diese Aufgabe nicht erfüllen, wenn wir nicht auch an einigen sehr gefährlichen Plätzen Diplomaten vor Ort haben. Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben wir die Sicherheitsmaßnahmen für unseren Botschaften verstärkt, und ich führe alle Empfehlungen des Accountability Review Board (des Ausschusses zur Überprüfung der Verantwortlichkeit) durch, der inakzeptable Sicherheitsmängel in Bengasi aufgedeckt hat (s. <http://www.state.gov/documents/organization/202446.pdf> ). Ich habe den Kongress gebeten, unsere Bemühungen zu finanzieren, damit wir die Sicherheit erhöhen, unsere Einrichtungen verstärken, unseren Geheimdiensten die Arbeit erleichtern und die Reaktionszeit unseres Militärs auf akute Krisen verkürzen können. (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP06813\\_260513.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP06813_260513.pdf) )

Aber auch nach der Realisierung dieser Maßnahmen können wir nicht alle Risiken für unsere Diplomaten ausschließen. Das ist der Preis, den die mächtigste Nation der Welt – besonders wegen der Welle von Veränderungen, die gerade über die arabische Welt schwappt – bezahlen muss. Trotz des Kompromisses, den wir zwischen Sicherheit und Präsenz unserer Diplomaten schließen müssen, bin ich davon überzeugt, dass jeder Rückzug aus schwierigen Regionen nur die Gefahren erhöht, die uns auf lange Sicht drohen. Und deshalb sollten wir allen Diplomaten dankbar sein, die bereit sind, uns dort zu vertreten.

Gezielte Aktionen gegen Terroristen, zuverlässige Partnerschaften, diplomatisches Engagement und Auslandshilfe sind die Bestandteile einer umfassenden Strategie, mit der wir die Wahrscheinlichkeit weiterer groß angelegter Angriffe auf unser Heimatland stark einschränken und die Bedrohungen für US-Amerikaner im Ausland reduzieren können. Wenn wir uns vor Gefahren aus dem Ausland schützen, dürfen wir aber nicht die Bedrohung durch terroristische Akte aus unserer Mitte vernachlässigen.

Wie ich schon gesagt habe, ist auch diese Bedrohung nicht neu. Aber technologische Entwicklungen und das Internet haben die Anschlagfrequenz und in einigen Fällen auch die Anzahl der bei Anschlägen Getöteten erhöht. Heute kann sich jeder, der es will, von hass-erfüllter Propaganda zu gewaltsamen Akten verleiten lassen und lernen, wie man tötet, ohne sein Zuhause verlassen zu müssen. Um dieser Bedrohung zu begegnen, hat meine Regierung schon vor zwei Jahren eine umfassende Überprüfung der Strafverfolgung in Gang gesetzt.

Die beste Art, von gewalttätigen Dschihadisten inspirierten gewaltbereiten Extremismus bei uns zu verhindern, ist die Zusammenarbeit mit den muslimischen Gemeinden in den USA, die allesamt den Terrorismus verurteilen; dadurch sind Anzeichen der Radikalisierung von Personen, die zur Gewalt neigen, von den Strafverfolgungsbehörden schneller zu erkennen. Aber diese partnerschaftliche Zusammenarbeit kann nur funktionieren, wenn wir anerkennen, dass Muslime ein wesentlicher Teil der US-Gesellschaft sind. Tatsächlich sind erfolgreiche US-amerikanische Muslime und unsere Bemühungen, sie vor irgendwelchen Eingriffen in ihre bürgerlichen Freiheiten zu schützen, die beste Widerlegung der Behauptung, dass wir Krieg gegen den Islam führen.

*Der US-Autor Samuel P. Huntington hat in seinem Buch "Der Kampf der Kulturen", das 1996 auch als deutsche Ausgabe beim Europaverlag in München erschienen ist, doch die propagandistischen Vorlagen für die jetzigen Konflikte in und mit islamischen Ländern geliefert.*

Die Vereitelung von Anschlägen, die US-Amerikaner im eigenen Land begehen wollen, ist deshalb besonders schwierig, weil alle US-Amerikaner die gleichen Bürgerrechte genießen. Deshalb werden wir auch in den kommenden Jahren hart daran arbeiten müssen, die richtige Balance zwischen unserem Bedürfnis nach Sicherheit und den Freiheiten herzustellen, die uns zu dem gemacht haben, was wir sind. Das bedeutet die ständige Verbesserung der Ausrüstung unserer Strafverfolgungsbehörden, damit wir auch neue Kommunikationsformen überwachen und gleichzeitig den Schutz der Privatsphäre verbessern können.

Das bedeutet, dass wir – auch nach dem Anschlag in Boston – niemand ohne Beweise ausbürgern oder ins Gefängnis werfen dürfen. Das bedeutet, dass wir von den Werkzeugen der Regierung zum Schutz geheimer Informationen, zum Beispiel von den Vorschriften zur Wahrung von Staatsgeheimnissen, keinen übertriebenen Gebrauch machen dürfen. Und das bedeutet schließlich auch, dass wir ein starkes Privacy and Civil Liberties Board (einen Ausschuss, der die Achtung der Privatsphäre und der bürgerlich Freiheiten überwacht, s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Privacy\\_and\\_Civil\\_Liberties\\_Oversight\\_Board](http://en.wikipedia.org/wiki/Privacy_and_Civil_Liberties_Oversight_Board) ) brauchen, das aufpasst, dass unsere Maßnahmen zur Terrorbekämpfung nicht unsere Werte außer Kraft setzen.

Die Untersuchung des Justizministeriums über Schwachstellen bei der Sicherheit unseres Staates bietet ein aktuelles Beispiel dafür, wie schwierig die Herstellung der richtigen Balance zwischen unseren Sicherheitsbelangen und unserer offenen Gesellschaft ist. Als Oberbefehlshaber glaube ich, dass wir Informationen, die wichtig für den Schutz unserer Operationen und unserer Soldaten im Feld sind, geheim halten müssen. Deshalb müssen wir gegen alle vorgehen, die das Gesetz übertreten und ihre Pflicht zur Geheimhaltung verletzen. Gleichzeitig ist eine freie Presse aber ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Sie gehört auch zu uns. Darum bin ich in Sorge, dass wir auf der Suche nach Lecks den investigativen Journalismus, der die Regierung (für Fehler und Versäumnisse) verantwortlich machen muss, kaltstellen könnten.

Journalisten sollten nicht deshalb mit dem Gesetz in Konflikt geraten, weil sie ihren Job machen. Unsere Aufmerksamkeit muss denen gelten, die das Gesetz übertreten. Und deshalb habe ich den Kongress aufgefordert, ein Medienschutzgesetz zu verabschieden, das Journalisten vor Übergriffen der Regierung bewahrt. Ich habe dieses Problem auch mit dem Justizminister besprochen, der meine Besorgnis teilt. Er hat sich dazu bereit erklärt, vorhandene Richtlinien für Gerichtsverfahren gegen Reporter im Justizministerium überprüfen zu lassen und will im Rahmen der Überprüfung auch eine Gruppe von Medienvertretern dazu anhören. Und ich habe den Justizminister angewiesen, mir bis zum 12. Juli Bericht zu erstatten.

*Was Obama wirklich vom investigativen Journalismus und dessen Informanten hält, zeigt die brutale Verfolgung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange und des eingekerkerten US-Soldaten Bradley Manning (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Bradley\\_Manning](http://de.wikipedia.org/wiki/Bradley_Manning) ) der angeklagt ist, geheime Informationen an WikiLeaks weitergegeben zu haben.*

All diese Probleme erinnern uns daran, dass Entscheidungen, die wir im Krieg treffen, auf manchmal unbeabsichtigte Weise die Offenheit und Freiheit beeinträchtigen können, auf denen unsere Lebensweise beruht. Und deshalb beabsichtige ich, den Kongress mit der vorliegenden Authorization to Use Military Force / AUMF (Ermächtigung zur Anwendung militärischer Gewalt, s. dazu auch [http://en.wikipedia.org/wiki/Authorization\\_for\\_Use\\_of\\_Military\\_Force\\_Against\\_Terrorists](http://en.wikipedia.org/wiki/Authorization_for_Use_of_Military_Force_Against_Terrorists) ) zu befassen und ihn festlegen zu lassen, wie wir die Bekämpfung des Terrorismus fortsetzen können, ohne die USA ständig im Kriegszustand zu halten.

Die AUMF ist jetzt fast 12 Jahre alt. Der Afghanistan-Krieg geht zu Ende. Vom harten Kern der Al-Qaida ist nur die zertrümmerte Schale übriggeblieben. Um Gruppierungen wie die AQAP müssen wir uns auch in den kommenden Jahren weiter kümmern, aber nicht jede Ansammlung von Kriminellen, die sich selbst das Etikett Al-Qaida aufklebt, stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für die USA dar. Wenn wir uns bei unserem Denken, unseren Definitionen und unseren Aktionen nicht mehr Selbstdisziplin auferlegen, können wir in noch mehr Kriege hineingezogen werden, die uns nichts einbringen; dann müssen wir dem Präsidenten auch weiterhin die uneingeschränkte Macht zubilligen, die er eigentlich nur in traditionellen bewaffneten Konflikten mit Großmächten braucht.

Deshalb hoffe ich, dass sich der Kongress und die US-Bevölkerung darauf verständigen werden, das AUMF-Mandat zu modifizieren und schließlich ganz aufzuheben. Ich selbst werde keine Gesetze unterzeichnen, die dieses Mandat verlängern. Unsere systematischen Bemühungen, Terrororganisationen zu zerschlagen, müssen fortgesetzt werden. Aber dieser Krieg muss wie alle Kriege einmal enden. Das rät uns die Geschichte und das fordert unsere Demokratie.

*Obama kann und braucht die AUMF überhaupt nicht zu verlängern, weil sie – wie aus dem unter <http://news.findlaw.com/hdocs/docs/terrorism/sjres23.enr.html> aufzurufenden vollen Text hervorgeht – unbefristet ist. Aber mit einer solchen Ankündigung kann man natürlich gutgläubige Zuhörer und Leser beeindrucken und trotzdem genau so weitermachen wie bisher.*

Und das bringt mich zum letzten Punkt meiner Rede: zur Inhaftierung von Terrorverdächtigen. Ich möchte noch einmal wiederholen: Die USA ziehen es vor, Terrorverdächtige festzunehmen. Wenn wir wirklich einen Verdächtigen inhaftieren, verhören wir ihn auch. Und wenn der Verdächtige strafrechtlich verfolgt werden kann, entscheiden wir, ob wir ihn von einem Zivilgericht oder von einer Military Commission (einem militärischen Sondergericht für Guantánamo-Häftlinge, s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Guantanamo\\_military\\_commission](http://en.wikipedia.org/wiki/Guantanamo_military_commission) ) aburteilen lassen.

Während des letzten Jahrzehnts wurde die übergroße Mehrheit der Gefangenen von unseren Soldaten auf dem Schlachtfeld gemacht. Im Irak haben wir Tausende von Gefangene (den irakischen Behörden) übergeben, als wir den Krieg beendeten. In Afghanistan haben wir die Inhaftierten in den Gefängnisse den Afghanen überlassen, im Rahmen des Prozesses zur Wiederherstellung der Souveränität Afghanistans. Wir haben die im Kriegsrecht vorgesehene Kriegsgefangenschaft beendet, gehen aber weiterhin gegen Terroristen vor, wo immer wir können.

Ausgenommen von unserem seit Jahren bewährten Umgang mit Gefangenen ist nur das Lager in der Guantánamo Bay / GTMO. Die ursprüngliche Begründung für die Eröffnung GTMOs – jede Fluchtmöglichkeit für Häftlingen auszuschließen – wurde vor fünf Jahren für verfassungswidrig befunden. Inzwischen ist GTMO auf der ganzen Welt zu einem Symbol dafür geworden, dass die USA das Recht missachten. Unsere Verbündeten liefern uns keinen Terroristen aus, wenn sie damit rechnen müssen, dass er in GTMO landen wird.

In einer Zeit der Ausgabenkürzungen geben wir jedes Jahr 150 Millionen Dollar aus, um 166 Menschen einzusperrern – fast eine Million Dollar für jeden Gefangenen. Und das Verteidigungsministerium schätzt, dass wir weitere 200 Millionen Dollar ausgeben müssten, um GTMO weiterbetreiben zu können, während wir zu Hause die Ausgaben für Bildung und Forschung einschränken müssen und das Pentagon mit den Folgen der Sequestration (s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Budget\\_sequestration\\_in\\_2013](http://en.wikipedia.org/wiki/Budget_sequestration_in_2013) ) und der Budgetkürzungen zu kämpfen hat.

*Es ist bezeichnend, dass Obama die Illegalität dieses Folterlagers mit einem Halbsatz abtut und als Hauptgrund für die von ihm geforderte Verlegung der Gefangenen in die USA die hohen Kosten anführt.*

Als Präsident habe ich versucht, GTMO zu schließen. Ich habe 67 Häftlinge in andere Länder überführt, bevor der Kongress die Überstellung weiterer Häftlinge an andere Länder oder in die USA unterbunden hat.

Diese Beschränkungen machen keinen Sinn. Unter Präsident Bush wurden – mit Unterstützung des Kongresses – noch etwa 530 Häftlinge aus GTMO verlegt. Als ich zum ersten Mal für das Amt des Präsidenten kandidiert habe, hat (der republikanische Gegenkandidat) John McCain die Schließung von GTMO noch unterstützt; damals wollten sie noch beide Parteien. Noch niemals konnte ein Gefangener aus einer unserer Supermax-Strafanstalten (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Supermax\\_%28Gef%C3%A4ngnisstandard%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Supermax_%28Gef%C3%A4ngnisstandard%29) ) oder einem unserer Militärgefängnisse in den USA fliehen. Unsere Gerichte haben Hunderte von Leuten wegen terroristischer oder mit dem Terrorismus zusammenhängender Straftaten verurteilt, von denen einige gefährlicher waren, als die meisten GTMO-Häftlinge. Und die befinden sich alle in Gefängnissen in den USA.

Und in Anbetracht der unbarmherzigen Jagd meiner Regierung auf die Al-Qaida-Führung gibt es für den Kongress eigentlich keine Rechtfertigung mehr, die Schließung eines Lagers zu verhindern, das besser niemals errichtet worden wäre. [Beifall]

**Zwischenruferin aus dem Publikum:** Entschuldigen Sie bitte, Präsident Obama

**Obama:** Lassen Sie mich bitte ausreden, Madam. Heute ...

**Zwischenruferin:** 102 Häftlinge sind im Hungerstreik. Diese Menschen sind verzweifelt.

**Obama:** Dazu möchte ich etwas sagen, Madam. Sie müssen mich nur reden lassen. Ich möchte das ändern.

**Zwischenruferin:** Sie sind unser Oberbefehlshaber.

**Obama:** Lassen Sie mich mal machen.

**Zwischenruferin:** Sie können Guantánamo Bay schließen.

**Obama:** Warum lassen Sie mich nichts dazu sagen, Madam.

**Zwischenruferin:** Es gibt noch immer Gefangene ...

**Obama:** Warum setzen Sie sich nicht, und ich werde Ihnen genau sagen, was ich vorhabe.

**Zwischenruferin:** Darunter befinden sich auch noch 57 Jemeniten.

**Obama:** Danke, Madam. Danke. [Beifall] Ich danke Ihnen, Madam. Sie sollten mich meinen Satz beenden lassen.

Heute fordere ich den Kongress erneut auf, die Überstellung von Inhaftierten aus GTMO nicht länger zu verhindern.

Ich habe das Verteidigungsministerium gebeten, eine Militärbasis in den USA zu benennen, wo eine Military Commission (ein militärisches Sondergericht für Guantánamo-Häftlinge) tagen kann. Ich ernenne einen neuen Sonderbeauftragten, der in Zusammenarbeit mit dem Außen- und Verteidigungsministerium die alleinige Verantwortung für die Überstellung von Häftlingen in dritte Staaten trägt.

Ich hebe den Stopp der Gefangenenüberführung in den Jemen auf, damit wieder von Fall zu Fall entschieden werden kann. Häftlinge, deren Auslieferung an andere Staaten abgeklärt ist, werden in größtmöglichem Umfang überstellt.

**Zwischenruferin:** Lassen Sie die Gefangenen heute noch frei.

**Obama:** Soweit es möglich ist, werden wir die Terroristen vor unsere Zivil- und Militärgestellen. Und wir werden darauf bestehen, dass die Inhaftierung jedes Gefangenen gerichtlich überprüft wird.

**Zwischenruferin:** Es muss veranlasst ...

**Obama:** Madam, lassen Sie mich aussprechen. Lassen Sie mich aussprechen, Madam. Zur Redefreiheit gehört nicht nur, dass Sie reden dürfen, sondern dass Sie mir auch zuhören.

*Obama hat keineswegs gesagt, dass er Guantánamo schließen will. Darüber will er den Kongress entscheiden lassen, weil er genau weiß, dass die Republikaner gegen die Schließung sind.*

Wenn wir das alles durchgeführt haben, bleibt noch ein Problem übrig: Was machen wir mit den GTMO-Häftlingen, von denen wir wissen, dass sie an gefährlichen Anschlägen oder Angriffen teilgenommen haben, die aber nicht verurteilt werden können, weil die gegen sie vorliegenden Beweise unrechtmäßig beschafft wurden oder vor Gericht nicht zulässig sind. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch dieses Problem in Übereinstimmung mit unseren Gesetzen lösen können, wenn die Auflösung des Lagers GTMO beschlossen ist.

*Mit der Formulierung "unrechtmäßig beschaffte Beweise" sind unter schwerer Folter erpresste "Geständnisse" gemeint, in denen Häftlinge auch Verbrechen zugaben, die ihnen überhaupt nicht vorgehalten wurden (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Chalid\\_Scheich\\_Mohammed](https://de.wikipedia.org/wiki/Chalid_Scheich_Mohammed) ).*

Ich weiß, dass die Politik ein schwieriges Geschäft ist. Aber die Geschichte wird ein hartes Urteil über die (fragwürdigen) Aspekte unseres Kampfes gegen den Terrorismus und diejenigen von uns fällen, die versäumen, sie zu beenden. Stellen Sie sich vor, die USA würden auch noch in 10 oder 20 Jahren Leute, die keines Verbrechens angeklagt wurden, auf einem Stück Land gefangen halten, das noch nicht einmal uns gehört. Denken Sie daran das wir heute Häftlinge zwangsernähren, die im Hungerstreik sind. Ich sehe der jungen Dame nach, dass sie mich unterbrochen hat, weil man sich (über die Behandlung der Gefangenen) tatsächlich aufregen kann. Sind wir wirklich so schlimm? Haben unsere Gründerväter uns so etwas zugetraut? Sind das die USA, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen? Unser Gefühl für Gerechtigkeit sollte doch stärker sein.

Hunderte von Terroristen sind von unseren (Zivil-)Gerichten verurteilt worden. Zu ihnen gehören auch (der Unterhosenbomber) Umar Farouk Abdulmutallab (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Umar\\_Farouk\\_Abdulmutallab](http://de.wikipedia.org/wiki/Umar_Farouk_Abdulmutallab) ), der versuchte, über Detroit ein Flugzeug zum Absturz zu bringen, und Faisal Shahzad (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Faisal\\_Shahzad](http://de.wikipedia.org/wiki/Faisal_Shahzad) ), der eine Autobombe auf dem Times Square zünden wollte. Vor einem Zivilgericht wird sich auch Dzhokhar Tsarnaev zu verantworten haben, der beschuldigt wird, einen Bombenanschlag auf den Boston-Marathon verübt zu haben. Richard Reid, der Schuh-Bomber (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Richard\\_Reid](http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Reid) ), sitzt eine lebenslängliche Freiheitsstrafe in einem Hochsicherheitsgefängnis in den USA ab. Bei seiner Verurteilung sagte Richter William Young zu ihm: "Die Art, wie wir Sie behandeln, ... ist das Maß für unsere eigenen Freiheiten."

**Zwischenruferin:** Was ist mit Abdulmutallab ... muss man einen 16-Jährigen (lebenslang) einsperren – ist das die Art, wie man mit einem 16-Jährigen umgeht? [Unverständlich] – können Sie nicht der CIA die Drohen wegnehmen? Können Sie nicht wenigstens die Signature Strikes (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP01613\\_030213.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf) ) stoppen, bei denen Menschen nur auf Verdacht getötet werden?

**Obama:** Wir gehen das an, Madam.

**Zwischenruferin:** Tausende Muslime wurden getötet. Werden Sie die Familien der unschuldigen Opfer entschädigen? Das würde uns hier zu Hause sicherer machen. Ich liebe mein Land. Ich liebe ... [unverständlich] (Unter <http://www.youtube.com/watch?v=oYbY-O-lzZAg&feature=youtu.be> ist eine Passage der Obama-Rede aufzurufen, in der die Zwischenruferin zu hören ist.)

**Obama:** Ich denke – ich weiche jetzt von meinem Manuskript ab, wie Sie wohl bemerkt haben – [Gelächter und Beifall] es lohnt sich dieser Frau zuzuhören, [Beifall] auch wenn ich mit vielem, was sie gesagt hat nicht übereinstimme, und offensichtlich hat sie mir bei vielem, was ich gesagt habe, auch nicht zugehört. Sie hat aber wichtige Probleme angesprochen, und es wäre falsch, diese Probleme zu beschönigen.

Der Richter, der Richard Reid, den Schuhbomber, verurteilt hat, zeigte auch noch auf die US-Flagge im Gerichtsaal und sagte: "Diese Fahne wird auch noch wehen, wenn all das hier schon lange vergessen sein wird. Dann repräsentiert diese Fahne immer noch die Freiheit."

Die USA haben schon viel größere Gefahren als die von Al-Qaida ausgehenden überlebt. Indem wir immer an den Werten festhielten, die schon zu unserer Gründung führten, und unsere Verfassung stets als Kompass benutzten, haben wir die Sklaverei, die Folgen unseres Bürgerkriegs, den Faschismus und den Kommunismus überwunden. In meinen wenigen Jahren als Präsident habe ich erlebt, dass sich die US-Amerikaner durch die schmerzhafteste Rezession, durch die Massaker der Amokschützen und durch Naturkatastrophen wie den Tornado, der gerade erst Oklahoma verwüstet hat, nicht unterkriegen lassen. Diese Vorkommnisse waren schrecklich; sie haben unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Aber weil die US-Amerikaner unverwundlich sind, hatten sie nicht den Hauch einer Chance, uns zu zerbrechen.

Ich denke an Lauren Manning (s. <http://laurenmanning.com/>), deren Haut bei den Anschlägen am 11.09. zu 80 Prozent verbrannt ist, die aber gesagt hat: "Damit muss ich leben. Ich habe einfach Heftpflaster drüber geklebt und weitergemacht."

Ich denke an die New-Yorker, die den Times Square einen Tag nach dem versuchten Anschlag mit einer Autobombe bevölkerten, als ob nichts geschehen wäre.

Ich denke an die stolzen pakistanischen Eltern, die uns, nachdem wir ihre Tochter ins Weiße Haus eingeladen haben, schrieben: "Wir haben unsere muslimische Tochter wie eine US-Amerikanerin erzogen, damit sie niemals aufgibt, bis sie das erreicht, was sie sich erträumt hat, weil sich das wirklich auszahlt."

Ich denke an alle verwundeten Soldaten, die ihr Leben neu aufbauen müssen und anderen Kriegsveteranen helfen, Jobs zu finden.

Ich denke an den Läufer, der auch 2014 am Boston-Marathon teilnehmen will und sagte: "Im nächsten Jahr werden mehr Menschen als jemals zuvor mitmachen. Unsere Entschlossenheit kann uns niemand nehmen."

So sind die US-Amerikaner – entschlossen und nicht zu entmutigen. Und jetzt brauchen wir eine Strategie und eine Politik, die diese unverwundliche Einstellung widerspiegelt.

Unser Sieg über den Terrorismus wird nicht durch eine Kapitulation auf einem Schlachtschiff oder den Sturz eines Denkmals von seinem Sockel dokumentiert werden. Wir werden den Terrorismus besiegt haben, wenn Eltern ihre Kinder wieder unbesorgt in die Schule schicken können, wenn wir uns wieder über Einwanderer freuen, wenn Fans wieder fröhlich mit Bällen spielen, wenn ein Kriegsveteran ein Geschäft eröffnet, wenn sich die Straßen in den Städten wieder beleben und wenn Bürger dem Präsidenten ihre Vorschläge zurufen.

Die ruhige Entschlossenheit, die Charakterstärke, die Kameradschaft, die Überwindung der Angst – sie bilden unser Schwert und unser Schild. Und lange nachdem die jetzt noch agitierenden Hassprediger, die brutalen Tyrannen, die tobenden Irren und die rücksichtslosen Demagogen, die jetzt noch unsere Ordnung stören, aus dem Gedächtnis der Welt verschwunden sind, wird die Fahne der USA noch auf den Friedhöfen in Kleinstädten, auf unseren Nationaldenkmälern und auf unseren entlegensten Vorposten im Ausland wehen. Und diese Fahne wird immer noch für die Freiheit stehen.

Ich danke Ihnen allen. Gott segne Sie. Gott segne die Vereinigten Staaten von Amerika.

*Der mutige Auftritt der Zwischenruferin Medea Benjamin von Code Pink (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Code\\_Pink](http://de.wikipedia.org/wiki/Code_Pink)) lässt Obamas patriotische Phrasen am Ende seiner Rede so deplatziert erscheinen, dass sich jeder Kommentar erübrigt.*

## **Obama's Speech on Drone Policy**

Following is a transcript of President Obama's speech on U.S. drone and counterterror policy, as provided by the White House:

PRESIDENT OBAMA: Good afternoon, everybody. Please be seated.

It is a great honor to return to the National Defense University. Here, at Fort McNair, Americans have served in uniform since 1791 — standing guard in the earliest days of the Republic, and contemplating the future of warfare here in the 21st century.

For over two centuries, the United States has been bound together by founding documents that defined who we are as Americans, and served as our compass through every type of change. Matters of war and peace are no different. Americans are deeply ambivalent about war, but having fought for our independence, we know a price must be paid for freedom. From the Civil War to our struggle against fascism, on through the long twilight struggle of the Cold War, battlefields have changed and technology has evolved. But our commitment to constitutional principles has weathered every war, and every war has come to an end.

With the collapse of the Berlin Wall, a new dawn of democracy took hold abroad, and a decade of peace and prosperity arrived here at home. And for a moment, it seemed the 21st century would be a tranquil time. And then, on September 11, 2001, we were shaken out of complacency. Thousands were taken from us, as clouds of fire and metal and ash descended upon a sun-filled morning. This was a different kind of war. No armies came to our shores, and our military was not the principal target. Instead, a group of terrorists came to kill as many civilians as they could.

And so our nation went to war. We have now been at war for well over a decade. I won't review the full history. What is clear is that we quickly drove al Qaeda out of Afghanistan, but then shifted our focus and began a new war in Iraq. And this carried significant consequences for our fight against al Qaeda, our standing in the world, and — to this day — our interests in a vital region.

Meanwhile, we strengthened our defenses — hardening targets, tightening transportation security, giving law enforcement new tools to prevent terror. Most of these changes were sound. Some caused inconvenience. But some, like expanded surveillance, raised difficult questions about the balance that we strike between our interests in security and our values of privacy. And in some cases, I believe we compromised our basic values — by using torture to interrogate our enemies, and detaining individuals in a way that ran counter to the rule of law.

So after I took office, we stepped up the war against al Qaeda but we also sought to change its course. We relentlessly targeted al Qaeda's leadership. We ended the war in Iraq, and brought nearly 150,000 troops home. We pursued a new strategy in Afghanistan, and increased our training of Afghan forces. We unequivocally banned torture, affirmed our commitment to civilian courts, worked to align our policies with the rule of law, and expanded our consultations with Congress.

Today, Osama bin Laden is dead, and so are most of his top lieutenants. There have been no large-scale attacks on the United States, and our homeland is more secure. Fe-

wer of our troops are in harm's way, and over the next 19 months they will continue to come home. Our alliances are strong, and so is our standing in the world. In sum, we are safer because of our efforts.

Now, make no mistake, our nation is still threatened by terrorists. From Benghazi to Boston, we have been tragically reminded of that truth. But we have to recognize that the threat has shifted and evolved from the one that came to our shores on 9/11. With a decade of experience now to draw from, this is the moment to ask ourselves hard questions — about the nature of today's threats and how we should confront them.

And these questions matter to every American.

For over the last decade, our nation has spent well over a trillion dollars on war, helping to explode our deficits and constraining our ability to nation-build here at home. Our service-members and their families have sacrificed far more on our behalf. Nearly 7,000 Americans have made the ultimate sacrifice. Many more have left a part of themselves on the battlefield, or brought the shadows of battle back home. From our use of drones to the detention of terrorist suspects, the decisions that we are making now will define the type of nation — and world — that we leave to our children.

So America is at a crossroads. We must define the nature and scope of this struggle, or else it will define us. We have to be mindful of James Madison's warning that "No nation could preserve its freedom in the midst of continual warfare." Neither I, nor any President, can promise the total defeat of terror. We will never erase the evil that lies in the hearts of some human beings, nor stamp out every danger to our open society. But what we can do — what we must do — is dismantle networks that pose a direct danger to us, and make it less likely for new groups to gain a foothold, all the while maintaining the freedoms and ideals that we defend. And to define that strategy, we have to make decisions based not on fear, but on hard-earned wisdom. That begins with understanding the current threat that we face.

Today, the core of al Qaeda in Afghanistan and Pakistan is on the path to defeat. Their remaining operatives spend more time thinking about their own safety than plotting against us. They did not direct the attacks in Benghazi or Boston. They've not carried out a successful attack on our homeland since 9/11.

Instead, what we've seen is the emergence of various al Qaeda affiliates. From Yemen to Iraq, from Somalia to North Africa, the threat today is more diffuse, with Al Qaeda's affiliates in the Arabian Peninsula — AQAP — the most active in plotting against our homeland. And while none of AQAP's efforts approach the scale of 9/11, they have continued to plot acts of terror, like the attempt to blow up an airplane on Christmas Day in 2009.

Unrest in the Arab world has also allowed extremists to gain a foothold in countries like Libya and Syria. But here, too, there are differences from 9/11. In some cases, we continue to confront state-sponsored networks like Hezbollah that engage in acts of terror to achieve political goals. Other of these groups are simply collections of local militias or extremists interested in seizing territory. And while we are vigilant for signs that these groups may pose a transnational threat, most are focused on operating in the countries and regions where they are based. And that means we'll face more localized threats like what we saw in Benghazi, or the BP oil facility in Algeria, in which local operatives — perhaps in loose affiliation with regional networks — launch periodic attacks against Western diplomats, companies, and other soft targets, or resort to kidnapping and other criminal enterprises to fund their operations.

And finally, we face a real threat from radicalized individuals here in the United States. Whether it's a shooter at a Sikh Temple in Wisconsin, a plane flying into a building in Texas, or the extremists who killed 168 people at the Federal Building in Oklahoma City, America has confronted many forms of violent extremism in our history. Deranged or alienated individuals — often U.S. citizens or legal residents — can do enormous damage, particularly when inspired by larger notions of violent jihad. And that pull towards extremism appears to have led to the shooting at Fort Hood and the bombing of the Boston Marathon.

So that's the current threat — lethal yet less capable al Qaeda affiliates; threats to diplomatic facilities and businesses abroad; homegrown extremists. This is the future of terrorism. We have to take these threats seriously, and do all that we can to confront them. But as we shape our response, we have to recognize that the scale of this threat closely resembles the types of attacks we faced before 9/11.

In the 1980s, we lost Americans to terrorism at our Embassy in Beirut; at our Marine Barracks in Lebanon; on a cruise ship at sea; at a disco in Berlin; and on a Pan Am flight — Flight 103 — over Lockerbie. In the 1990s, we lost Americans to terrorism at the World Trade Center; at our military facilities in Saudi Arabia; and at our Embassy in Kenya. These attacks were all brutal; they were all deadly; and we learned that left unchecked, these threats can grow. But if dealt with smartly and proportionally, these threats need not rise to the level that we saw on the eve of 9/11.

Moreover, we have to recognize that these threats don't arise in a vacuum. Most, though not all, of the terrorism we faced is fueled by a common ideology — a belief by some extremists that Islam is in conflict with the United States and the West, and that violence against Western targets, including civilians, is justified in pursuit of a larger cause. Of course, this ideology is based on a lie, for the United States is not at war with Islam. And this ideology is rejected by the vast majority of Muslims, who are the most frequent victims of terrorist attacks.

Nevertheless, this ideology persists, and in an age when ideas and images can travel the globe in an instant, our response to terrorism can't depend on military or law enforcement alone. We need all elements of national power to win a battle of wills, a battle of ideas. So what I want to discuss here today is the components of such a comprehensive counterterrorism strategy.

First, we must finish the work of defeating al Qaeda and its associated forces.

In Afghanistan, we will complete our transition to Afghan responsibility for that country's security. Our troops will come home. Our combat mission will come to an end. And we will work with the Afghan government to train security forces, and sustain a counterterrorism force, which ensures that al Qaeda can never again establish a safe haven to launch attacks against us or our allies.

Beyond Afghanistan, we must define our effort not as a boundless "global war on terror," but rather as a series of persistent, targeted efforts to dismantle specific networks of violent extremists that threaten America. In many cases, this will involve partnerships with other countries. Already, thousands of Pakistani soldiers have lost their lives fighting extremists. In Yemen, we are supporting security forces that have reclaimed territory from AQAP. In Somalia, we helped a coalition of African nations push al-Shabaab out of its strongholds. In Mali, we're providing military aid to French-led intervention to push back al Qaeda in the Maghreb, and help the people of Mali reclaim their future.

Much of our best counterterrorism cooperation results in the gathering and sharing of intelligence, the arrest and prosecution of terrorists. And that's how a Somali terrorist apprehended off the coast of Yemen is now in a prison in New York. That's how we worked with European allies to disrupt plots from Denmark to Germany to the United Kingdom. That's how intelligence collected with Saudi Arabia helped us stop a cargo plane from being blown up over the Atlantic. These partnerships work.

But despite our strong preference for the detention and prosecution of terrorists, sometimes this approach is foreclosed. Al Qaeda and its affiliates try to gain foothold in some of the most distant and unforgiving places on Earth. They take refuge in remote tribal regions. They hide in caves and walled compounds. They train in empty deserts and rugged mountains.

In some of these places — such as parts of Somalia and Yemen — the state only has the most tenuous reach into the territory. In other cases, the state lacks the capacity or will to take action. And it's also not possible for America to simply deploy a team of Special Forces to capture every terrorist. Even when such an approach may be possible, there are places where it would pose profound risks to our troops and local civilians — where a terrorist compound cannot be breached without triggering a firefight with surrounding tribal communities, for example, that pose no threat to us; times when putting U.S. boots on the ground may trigger a major international crisis.

To put it another way, our operation in Pakistan against Osama bin Laden cannot be the norm. The risks in that case were immense. The likelihood of capture, although that was our preference, was remote given the certainty that our folks would confront resistance. The fact that we did not find ourselves confronted with civilian casualties, or embroiled in an extended firefight, was a testament to the meticulous planning and professionalism of our Special Forces, but it also depended on some luck. And it was supported by massive infrastructure in Afghanistan.

And even then, the cost to our relationship with Pakistan — and the backlash among the Pakistani public over encroachment on their territory — was so severe that we are just now beginning to rebuild this important partnership.

So it is in this context that the United States has taken lethal, targeted action against al Qaeda and its associated forces, including with remotely piloted aircraft commonly referred to as drones.

As was true in previous armed conflicts, this new technology raises profound questions — about who is targeted, and why; about civilian casualties, and the risk of creating new enemies; about the legality of such strikes under U.S. and international law; about accountability and morality. So let me address these questions.

To begin with, our actions are effective. Don't take my word for it. In the intelligence gathered at bin Laden's compound, we found that he wrote, "We could lose the reserves to enemy's air strikes. We cannot fight air strikes with explosives." Other communications from al Qaeda operatives confirm this as well. Dozens of highly skilled al Qaeda commanders, trainers, bomb makers and operatives have been taken off the battlefield. Plots have been disrupted that would have targeted international aviation, U.S. transit systems, European cities and our troops in Afghanistan. Simply put, these strikes have saved lives.

Moreover, America's actions are legal. We were attacked on 9/11. Within a week, Congress overwhelmingly authorized the use of force. Under domestic law, and international

law, the United States is at war with al Qaeda, the Taliban, and their associated forces. We are at war with an organization that right now would kill as many Americans as they could if we did not stop them first. So this is a just war — a war waged proportionally, in last resort, and in self-defense.

And yet, as our fight enters a new phase, America's legitimate claim of self-defense cannot be the end of the discussion. To say a military tactic is legal, or even effective, is not to say it is wise or moral in every instance. For the same human progress that gives us the technology to strike half a world away also demands the discipline to constrain that power — or risk abusing it. And that's why, over the last four years, my administration has worked vigorously to establish a framework that governs our use of force against terrorists — insisting upon clear guidelines, oversight and accountability that is now codified in Presidential Policy Guidance that I signed yesterday.

In the Afghan war theater, we must — and will — continue to support our troops until the transition is complete at the end of 2014. And that means we will continue to take strikes against high value al Qaeda targets, but also against forces that are massing to support attacks on coalition forces. But by the end of 2014, we will no longer have the same need for force protection, and the progress we've made against core al Qaeda will reduce the need for unmanned strikes.

Beyond the Afghan theater, we only target al Qaeda and its associated forces. And even then, the use of drones is heavily constrained. America does not take strikes when we have the ability to capture individual terrorists; our preference is always to detain, interrogate, and prosecute. America cannot take strikes wherever we choose; our actions are bound by consultations with partners, and respect for state sovereignty.

America does not take strikes to punish individuals; we act against terrorists who pose a continuing and imminent threat to the American people, and when there are no other governments capable of effectively addressing the threat. And before any strike is taken, there must be near-certainty that no civilians will be killed or injured — the highest standard we can set.

Now, this last point is critical, because much of the criticism about drone strikes — both here at home and abroad — understandably centers on reports of civilian casualties. There's a wide gap between U.S. assessments of such casualties and nongovernmental reports. Nevertheless, it is a hard fact that U.S. strikes have resulted in civilian casualties, a risk that exists in every war. And for the families of those civilians, no words or legal construct can justify their loss. For me, and those in my chain of command, those deaths will haunt us as long as we live, just as we are haunted by the civilian casualties that have occurred throughout conventional fighting in Afghanistan and Iraq.

But as Commander-in-Chief, I must weigh these heartbreaking tragedies against the alternatives. To do nothing in the face of terrorist networks would invite far more civilian casualties — not just in our cities at home and our facilities abroad, but also in the very places like Sana'a and Kabul and Mogadishu where terrorists seek a foothold. Remember that the terrorists we are after target civilians, and the death toll from their acts of terrorism against Muslims dwarfs any estimate of civilian casualties from drone strikes. So doing nothing is not an option.

Where foreign governments cannot or will not effectively stop terrorism in their territory, the primary alternative to targeted lethal action would be the use of conventional military options. As I've already said, even small special operations carry enormous risks. Conventio-

nal airpower or missiles are far less precise than drones, and are likely to cause more civilian casualties and more local outrage. And invasions of these territories lead us to be viewed as occupying armies, unleash a torrent of unintended consequences, are difficult to contain, result in large numbers of civilian casualties and ultimately empower those who thrive on violent conflict.

So it is false to assert that putting boots on the ground is less likely to result in civilian deaths or less likely to create enemies in the Muslim world. The results would be more U.S. deaths, more Black Hawks down, more confrontations with local populations, and an inevitable mission creep in support of such raids that could easily escalate into new wars.

Yes, the conflict with al Qaeda, like all armed conflict, invites tragedy. But by narrowly targeting our action against those who want to kill us and not the people they hide among, we are choosing the course of action least likely to result in the loss of innocent life.

Our efforts must be measured against the history of putting American troops in distant lands among hostile populations. In Vietnam, hundreds of thousands of civilians died in a war where the boundaries of battle were blurred. In Iraq and Afghanistan, despite the extraordinary courage and discipline of our troops, thousands of civilians have been killed. So neither conventional military action nor waiting for attacks to occur offers moral safe harbor, and neither does a sole reliance on law enforcement in territories that have no functioning police or security services — and indeed, have no functioning law.

Now, this is not to say that the risks are not real. Any U.S. military action in foreign lands risks creating more enemies and impacts public opinion overseas. Moreover, our laws constrain the power of the President even during wartime, and I have taken an oath to defend the Constitution of the United States. The very precision of drone strikes and the necessary secrecy often involved in such actions can end up shielding our government from the public scrutiny that a troop deployment invites. It can also lead a President and his team to view drone strikes as a cure-all for terrorism.

And for this reason, I've insisted on strong oversight of all lethal action. After I took office, my administration began briefing all strikes outside of Iraq and Afghanistan to the appropriate committees of Congress. Let me repeat that: Not only did Congress authorize the use of force, it is briefed on every strike that America takes. Every strike. That includes the one instance when we targeted an American citizen — Anwar Awlaki, the chief of external operations for AQAP.

This week, I authorized the declassification of this action, and the deaths of three other Americans in drone strikes, to facilitate transparency and debate on this issue and to dismiss some of the more outlandish claims that have been made. For the record, I do not believe it would be constitutional for the government to target and kill any U.S. citizen — with a drone, or with a shotgun — without due process, nor should any President deploy armed drones over U.S. soil.

But when a U.S. citizen goes abroad to wage war against America and is actively plotting to kill U.S. citizens, and when neither the United States, nor our partners are in a position to capture him before he carries out a plot, his citizenship should no more serve as a shield than a sniper shooting down on an innocent crowd should be protected from a SWAT team.

That's who Anwar Awlaki was — he was continuously trying to kill people. He helped oversee the 2010 plot to detonate explosive devices on two U.S.-bound cargo planes. He

was involved in planning to blow up an airliner in 2009. When Farouk Abdulmutallab — the Christmas Day bomber — went to Yemen in 2009, Awlaki hosted him, approved his suicide operation, helped him tape a martyrdom video to be shown after the attack, and his last instructions were to blow up the airplane when it was over American soil. I would have detained and prosecuted Awlaki if we captured him before he carried out a plot, but we couldn't. And as President, I would have been derelict in my duty had I not authorized the strike that took him out.

Of course, the targeting of any American raises constitutional issues that are not present in other strikes — which is why my administration submitted information about Awlaki to the Department of Justice months before Awlaki was killed, and briefed the Congress before this strike as well. But the high threshold that we've set for taking lethal action applies to all potential terrorist targets, regardless of whether or not they are American citizens. This threshold respects the inherent dignity of every human life. Alongside the decision to put our men and women in uniform in harm's way, the decision to use force against individuals or groups — even against a sworn enemy of the United States — is the hardest thing I do as President. But these decisions must be made, given my responsibility to protect the American people.

Going forward, I've asked my administration to review proposals to extend oversight of lethal actions outside of warzones that go beyond our reporting to Congress. Each option has virtues in theory, but poses difficulties in practice. For example, the establishment of a special court to evaluate and authorize lethal action has the benefit of bringing a third branch of government into the process, but raises serious constitutional issues about presidential and judicial authority. Another idea that's been suggested — the establishment of an independent oversight board in the executive branch — avoids those problems, but may introduce a layer of bureaucracy into national security decision-making, without inspiring additional public confidence in the process. But despite these challenges, I look forward to actively engaging Congress to explore these and other options for increased oversight.

I believe, however, that the use of force must be seen as part of a larger discussion we need to have about a comprehensive counterterrorism strategy — because for all the focus on the use of force, force alone cannot make us safe. We cannot use force everywhere that a radical ideology takes root; and in the absence of a strategy that reduces the wellspring of extremism, a perpetual war — through drones or Special Forces or troop deployments — will prove self-defeating, and alter our country in troubling ways.

So the next element of our strategy involves addressing the underlying grievances and conflicts that feed extremism — from North Africa to South Asia. As we've learned this past decade, this is a vast and complex undertaking. We must be humble in our expectation that we can quickly resolve deep-rooted problems like poverty and sectarian hatred. Moreover, no two countries are alike, and some will undergo chaotic change before things get better. But our security and our values demand that we make the effort.

This means patiently supporting transitions to democracy in places like Egypt and Tunisia and Libya — because the peaceful realization of individual aspirations will serve as a rebuke to violent extremists. We must strengthen the opposition in Syria, while isolating extremist elements — because the end of a tyrant must not give way to the tyranny of terrorism. We are actively working to promote peace between Israelis and Palestinians — because it is right and because such a peace could help reshape attitudes in the region. And we must help countries modernize economies, upgrade education, and encourage entrepreneurship — because American leadership has always been elevated by our ability to connect with people's hopes, and not simply their fears.

And success on all these fronts requires sustained engagement, but it will also require resources. I know that foreign aid is one of the least popular expenditures that there is. That's true for Democrats and Republicans — I've seen the polling — even though it amounts to less than one percent of the federal budget. In fact, a lot of folks think it's 25 percent, if you ask people on the streets. Less than one percent — still wildly unpopular. But foreign assistance cannot be viewed as charity. It is fundamental to our national security. And it's fundamental to any sensible long-term strategy to battle extremism.

Moreover, foreign assistance is a tiny fraction of what we spend fighting wars that our assistance might ultimately prevent. For what we spent in a month in Iraq at the height of the war, we could be training security forces in Libya, maintaining peace agreements between Israel and its neighbors, feeding the hungry in Yemen, building schools in Pakistan, and creating reservoirs of goodwill that marginalize extremists. That has to be part of our strategy.

Moreover, America cannot carry out this work if we don't have diplomats serving in some very dangerous places. Over the past decade, we have strengthened security at our embassies, and I am implementing every recommendation of the Accountability Review Board, which found unacceptable failures in Benghazi. I've called on Congress to fully fund these efforts to bolster security and harden facilities, improve intelligence, and facilitate a quicker response time from our military if a crisis emerges.

But even after we take these steps, some irreducible risks to our diplomats will remain. This is the price of being the world's most powerful nation, particularly as a wave of change washes over the Arab World. And in balancing the tradeoffs between security and active diplomacy, I firmly believe that any retreat from challenging regions will only increase the dangers that we face in the long run. And that's why we should be grateful to those diplomats who are willing to serve.

Targeted action against terrorists, effective partnerships, diplomatic engagement and assistance — through such a comprehensive strategy we can significantly reduce the chances of large-scale attacks on the homeland and mitigate threats to Americans overseas. But as we guard against dangers from abroad, we cannot neglect the daunting challenge of terrorism from within our borders.

As I said earlier, this threat is not new. But technology and the Internet increase its frequency and in some cases its lethality. Today, a person can consume hateful propaganda, commit themselves to a violent agenda, and learn how to kill without leaving their home. To address this threat, two years ago my administration did a comprehensive review and engaged with law enforcement.

And the best way to prevent violent extremism inspired by violent jihadists is to work with the Muslim American community — which has consistently rejected terrorism — to identify signs of radicalization and partner with law enforcement when an individual is drifting towards violence. And these partnerships can only work when we recognize that Muslims are a fundamental part of the American family. In fact, the success of American Muslims and our determination to guard against any encroachments on their civil liberties is the ultimate rebuke to those who say that we're at war with Islam.

Thwarting homegrown plots presents particular challenges in part because of our proud commitment to civil liberties for all who call America home. That's why, in the years to come, we will have to keep working hard to strike the appropriate balance between our need for security and preserving those freedoms that make us who we are. That means

reviewing the authorities of law enforcement, so we can intercept new types of communication, but also build in privacy protections to prevent abuse.

That means that — even after Boston — we do not deport someone or throw somebody in prison in the absence of evidence. That means putting careful constraints on the tools the government uses to protect sensitive information, such as the state secrets doctrine. And that means finally having a strong Privacy and Civil Liberties Board to review those issues where our counterterrorism efforts and our values may come into tension.

The Justice Department's investigation of national security leaks offers a recent example of the challenges involved in striking the right balance between our security and our open society. As Commander-in-Chief, I believe we must keep information secret that protects our operations and our people in the field. To do so, we must enforce consequences for those who break the law and breach their commitment to protect classified information. But a free press is also essential for our democracy. That's who we are. And I'm troubled by the possibility that leak investigations may chill the investigative journalism that holds government accountable.

Journalists should not be at legal risk for doing their jobs. Our focus must be on those who break the law. And that's why I've called on Congress to pass a media shield law to guard against government overreach. And I've raised these issues with the Attorney General, who shares my concerns. So he has agreed to review existing Department of Justice guidelines governing investigations that involve reporters, and he'll convene a group of media organizations to hear their concerns as part of that review. And I've directed the Attorney General to report back to me by July 12th.

Now, all these issues remind us that the choices we make about war can impact — in sometimes unintended ways — the openness and freedom on which our way of life depends. And that is why I intend to engage Congress about the existing Authorization to Use Military Force, or AUMF, to determine how we can continue to fight terrorism without keeping America on a perpetual wartime footing.

The AUMF is now nearly 12 years old. The Afghan war is coming to an end. Core al Qaeda is a shell of its former self. Groups like AQAP must be dealt with, but in the years to come, not every collection of thugs that labels themselves al Qaeda will pose a credible threat to the United States. Unless we discipline our thinking, our definitions, our actions, we may be drawn into more wars we don't need to fight, or continue to grant Presidents unbound powers more suited for traditional armed conflicts between nation states.

So I look forward to engaging Congress and the American people in efforts to refine, and ultimately repeal, the AUMF's mandate. And I will not sign laws designed to expand this mandate further. Our systematic effort to dismantle terrorist organizations must continue. But this war, like all wars, must end. That's what history advises. That's what our democracy demands.

And that brings me to my final topic: the detention of terrorist suspects. I'm going to repeat one more time: As a matter of policy, the preference of the United States is to capture terrorist suspects. When we do detain a suspect, we interrogate them. And if the suspect can be prosecuted, we decide whether to try him in a civilian court or a military commission.

During the past decade, the vast majority of those detained by our military were captured on the battlefield. In Iraq, we turned over thousands of prisoners as we ended the war. In

Afghanistan, we have transitioned detention facilities to the Afghans, as part of the process of restoring Afghan sovereignty. So we bring law of war detention to an end, and we are committed to prosecuting terrorists wherever we can.

The glaring exception to this time-tested approach is the detention center at Guantanamo Bay. The original premise for opening GTMO — that detainees would not be able to challenge their detention — was found unconstitutional five years ago. In the meantime, GTMO has become a symbol around the world for an America that flouts the rule of law. Our allies won't cooperate with us if they think a terrorist will end up at GTMO.

During a time of budget cuts, we spend \$150 million each year to imprison 166 people — almost \$1 million per prisoner. And the Department of Defense estimates that we must spend another \$200 million to keep GTMO open at a time when we're cutting investments in education and research here at home, and when the Pentagon is struggling with sequester and budget cuts.

As President, I have tried to close GTMO. I transferred 67 detainees to other countries before Congress imposed restrictions to effectively prevent us from either transferring detainees to other countries or imprisoning them here in the United States.

These restrictions make no sense. After all, under President Bush, some 530 detainees were transferred from GTMO with Congress's support. When I ran for President the first time, John McCain supported closing GTMO — this was a bipartisan issue. No person has ever escaped one of our super-max or military prisons here in the United States — ever. Our courts have convicted hundreds of people for terrorism or terrorism-related offenses, including some folks who are more dangerous than most GTMO detainees. They're in our prisons.

And given my administration's relentless pursuit of al Qaeda's leadership, there is no justification beyond politics for Congress to prevent us from closing a facility that should have never have been opened. (Applause.)

AUDIENCE MEMBER: Excuse me, President Obama —

MR. OBAMA: So — let me finish, ma'am. So today, once again —

AUDIENCE MEMBER: There are 102 people on a hunger strike. These are desperate people.

MR. OBAMA: I'm about to address it, ma'am, but you've got to let me speak. I'm about to address it.

AUDIENCE MEMBER: You're our Commander-in-Chief —

MR. OBAMA: Let me address it.

AUDIENCE MEMBER: — you can close Guantanamo Bay.

MR. OBAMA: Why don't you let me address it, ma'am.

AUDIENCE MEMBER: There's still prisoners —

MR. OBAMA: Why don't you sit down and I will tell you exactly what I'm going to do.

AUDIENCE MEMBER: That includes 57 Yemenis.

MR. OBAMA: Thank you, ma'am. Thank you. (Applause.) Ma'am, thank you. You should let me finish my sentence.

Today, I once again call on Congress to lift the restrictions on detainee transfers from GTMO. (Applause.)

I have asked the Department of Defense to designate a site in the United States where we can hold military commissions. I'm appointing a new senior envoy at the State Department and Defense Department whose sole responsibility will be to achieve the transfer of detainees to third countries.

I am lifting the moratorium on detainee transfers to Yemen so we can review them on a case-by-case basis. To the greatest extent possible, we will transfer detainees who have been cleared to go to other countries.

AUDIENCE MEMBER: — prisoners already. Release them today.

MR. OBAMA: Where appropriate, we will bring terrorists to justice in our courts and our military justice system. And we will insist that judicial review be available for every detainee.

AUDIENCE MEMBER: It needs to be —

THE PRESIDENT: Now, ma'am, let me finish. Let me finish, ma'am. Part of free speech is you being able to speak, but also, you listening and me being able to speak. (Applause.)

Now, even after we take these steps one issue will remain — just how to deal with those GTMO detainees who we know have participated in dangerous plots or attacks but who cannot be prosecuted, for example, because the evidence against them has been compromised or is inadmissible in a court of law. But once we commit to a process of closing GTMO, I am confident that this legacy problem can be resolved, consistent with our commitment to the rule of law.

I know the politics are hard. But history will cast a harsh judgment on this aspect of our fight against terrorism and those of us who fail to end it. Imagine a future — 10 years from now or 20 years from now — when the United States of America is still holding people who have been charged with no crime on a piece of land that is not part of our country. Look at the current situation, where we are force-feeding detainees who are being held on a hunger strike. I'm willing to cut the young lady who interrupted me some slack because it's worth being passionate about. Is this who we are? Is that something our Founders foresaw? Is that the America we want to leave our children? Our sense of justice is stronger than that.

We have prosecuted scores of terrorists in our courts. That includes Umar Farouk Abdulmutallab, who tried to blow up an airplane over Detroit; and Faisal Shahzad, who put a car bomb in Times Square. It's in a court of law that we will try Dzhokhar Tsarnaev, who is accused of bombing the Boston Marathon. Richard Reid, the shoe bomber, is, as we speak, serving a life sentence in a maximum security prison here in the United States. In sentencing Reid, Judge William Young told him, "The way we treat you...is the measure of our own liberties."

AUDIENCE MEMBER: How about Abdulmutallab — locking up a 16-year-old — is that the way we treat a 16-year old? (Inaudible) — can you take the drones out of the hands of the CIA? Can you stop the signature strikes killing people on the basis of suspicious activities?

MR. OBAMA: We're addressing that, ma'am.

AUDIENCE MEMBER: — thousands of Muslims that got killed — will you compensate the innocent families — that will make us safer here at home. I love my country. I love (inaudible) —

MR. OBAMA: I think that — and I'm going off script, as you might expect here. (Laughter and applause.) The voice of that woman is worth paying attention to. (Applause.) Obviously, I do not agree with much of what she said, and obviously she wasn't listening to me in much of what I said. But these are tough issues, and the suggestion that we can gloss over them is wrong.

When that judge sentenced Mr. Reid, the shoe bomber, he went on to point to the American flag that flew in the courtroom. "That flag," he said, "will fly there long after this is all forgotten. That flag still stands for freedom."

So, America, we've faced down dangers far greater than al Qaeda. By staying true to the values of our founding, and by using our constitutional compass, we have overcome slavery and Civil War and fascism and communism. In just these last few years as President, I've watched the American people bounce back from painful recession, mass shootings, natural disasters like the recent tornados that devastated Oklahoma. These events were heartbreaking; they shook our communities to the core. But because of the resilience of the American people, these events could not come close to breaking us.

I think of Lauren Manning, the 9/11 survivor who had severe burns over 80 percent of her body, who said, "That's my reality. I put a Band-Aid on it, literally, and I move on."

I think of the New Yorkers who filled Times Square the day after an attempted car bomb as if nothing had happened.

I think of the proud Pakistani parents who, after their daughter was invited to the White House, wrote to us, "We have raised an American Muslim daughter to dream big and never give up because it does pay off."

I think of all the wounded warriors rebuilding their lives, and helping other vets to find jobs.

I think of the runner planning to do the 2014 Boston Marathon, who said, "Next year, you're going to have more people than ever. Determination is not something to be messed with."

That's who the American people are — determined, and not to be messed with. And now we need a strategy and a politics that reflects this resilient spirit.

Our victory against terrorism won't be measured in a surrender ceremony at a battleship, or a statue being pulled to the ground. Victory will be measured in parents taking their kids to school; immigrants coming to our shores; fans taking in a ballgame; a veteran starting a business; a bustling city street; a citizen shouting her concerns at a President.

The quiet determination; that strength of character and bond of fellowship; that refutation of fear — that is both our sword and our shield. And long after the current messengers of hate have faded from the world's memory, alongside the brutal despots, and deranged madmen, and ruthless demagogues who litter history — the flag of the United States will still wave from small-town cemeteries to national monuments, to distant outposts abroad. And that flag will still stand for freedom.

Thank you very, everybody. God bless you. May God bless the United States of America.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**